

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Verlagspreis mit Illust. Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post 2.- Mark ohne Bestellgeld. — Einzelnummer 10 Pf. — Telefon Sammelnummer 72206 Postcheckkonto Nr. 53477	Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72206. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206	Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 30 G.-Pfa., bei Platzvorschrift 35 G.-Pfa., Familiennachrichten von Privaten die 10gepalt. Kolonelle 15 G.-Pfa., Reklamezettel 1.50 Goldm., Inserate v. ausw.: die 10gepalt. Kolonelle 35 G.-Pfa., bei Platzvorschr. 40 G.-Pfa., Reklamezettel 1.75 Goldm., Annahme bis 9 Uhr vorm.
---	--	---

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Partei Vorstand und Sachkonflikt.

Der Parteivorstand für Auflösung des Landtages.

SPD. Der Parteivorstand hat sich am 3. Juli 1925 erneut mit der sächsischen Frage befaßt. Er ist der Auffassung, daß der Zustand, wie er sich im Laufe der Zeit in Sachsen selber herausgebildet hat, im Interesse der Gesamtpartei nicht länger fortbestehen kann. Es ist für die Partei untragbar, daß sie an einer Regierung beteiligt ist und daß gleichzeitig ihre Organisations- und ihre Presse sowohl gegen diese Regierungsbeteiligung wie gegen die Politik der Regierung in schärfster Opposition stehen.

Als im Jahre 1923 die Gefahr bestand, daß die sächsischen Parteioptionen und ihre Vertreter im sächsischen Landtage wie in der sächsischen Regierung ins Schlepptau der kommunistischen Politik gezogen könnten, hat der Parteivorstand nicht gezögert, sofort und energisch einzugreifen und zu verhindern, daß die Partei in die Katastrophe verwickelt würde, die die unheilvolle Folge der kommunistischen Politik sein mußte.

Durch das Eingreifen des Parteivorstandes wurde die Bildung der Regierung gestillt und die Wiederherstellung der durch den Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und die Einsetzung des Reichskommissars gefährdeten demokratisch-parlamentarischen Zustände ermöglicht. Der Parteivorstand glaubte sich zu der Hoffnung berechtigt, daß auf dieser Grundlage die sächsischen Parteigenossen einen Weg finden würden, auf dem sie wieder in Einmütigkeit und Geschlossenheit die Interessen der Partei und des sächsischen Proletariats sowohl in der Regierung und im Parlament wie in den Organisationen und der Presse zu vertreten in der Lage sein würden.

Der Berliner Parteitag 1924 hat von ähnlichen Voraussetzungen aus versucht, eine Einigung in Sachsen anzubahnen, und der Parteivorstand hat sich seitdem in gleichem Sinne weiter bemüht. Leider ist es ihm bisher nicht gelungen, das erstrebte Ziel zu erreichen.

Den Hauptgegenstand der Differenzen bildet nach wie vor die Frage der Auflösung des sächsischen Landtages. Die Konsequenzen eines solchen Schrittes sind von beiden Seiten in aller Ausführlichkeit erörtert worden. Es besteht kein Zweifel darüber, daß sie von schwerwiegender Bedeutung für die Partei und ihren Einfluß auf die sächsische Landespolitik sein können.

Der Parteivorstand muß sich aber die Frage vorlegen, ob es sowohl vom Standpunkte der sächsischen Partei wie vom Standpunkte der Gesamtpartei nicht das kleinere Übel ist, selbst die schlimmsten dieser Konsequenzen gegebenenfalls in Kauf zu nehmen, als den Zustand weiter fortbestehen zu lassen, daß Organisationen und Presse in dauerndem Gegensatz zu der Mehrheit der Parteimitglieder im sächsischen Landtage und den parteigenösslichen Mitgliedern der Landesregierung stehen.

Der Parteivorstand ist der Auffassung, daß der gegenwärtige Zustand, wenn kein Ausweg gefunden werden kann, zur Desorganisation der Partei in Sachsen führen muß. Es ist daher die Pflicht der sächsischen Parteimitglieder im Landtage, nunmehr

ungekündigt die Auflösung des Landtages herbeizuführen, um damit die Grundlage zu schaffen für die Wiederherstellung der Einigkeit und Geschlossenheit der sächsischen Partei, die allen andern Erwägungen vorangestellt werden muß und für einen erfolgreichen Wahlkampf Voraussetzung ist.

Dazu gehört die vorherige Erledigung der schwebenden Schiedsgerichtsverfahren; denn es dürfte für keinen Parteigenossen zweifelhaft sein, daß ein Wahlkampf für die Partei unter den ungünstigsten Umständen geführt werden müßte, wenn Parteigenossen in hervorragenden Beruamtsstellungen wegen ihrer politischen Tätigkeit unter Androhung des Ausschlusses aus der Partei stehen.

Deshalb sind die sächsischen Organisationen verpflichtet, alles zu tun, damit die schwebenden Ausschlußverfahren endlich erledigt werden.
Der Parteivorstand.

Schiedsgerichtsentscheidungen in Sachsen.

SPD. Vom Parteivorstand wird uns geschrieben: Im Laufe der Auseinandersetzungen innerhalb der sächsischen Partei sind eine Anzahl Ausschlußverfahren gegen Parteigenossen von den sächsischen Parteinstanzen anhängig gemacht worden. Da es sich um die gleichen sächsischen Vorgänge handelt, verurteilt der Parteivorstand, die sämtlichen Ausschlußverfahren vor ein Schiedsgericht zu bringen. Das ist leider nicht gelungen, so daß vier Schiedsgerichte — in Leipzig, Dresden, Chemnitz und Zwickau — eingeschickt werden mußten. Die Schiedsgerichte in Leipzig und Dresden haben bereits getagt.

In Dresden ist festgestellt worden, daß die formalen Bestimmungen des Organisationsstatutes nicht eingehalten worden sind. Die Ansicht der Schiedsrichter geht dahin, daß der Parteivorstand die Aufhebung des auf Ausschluß lautenden Bezirksvorstandsbeschlusses vornehmen möge, weil die antragstellenden Organisationen und die von ihnen benannten Beisitzer die Erledigung des Ausschlußverfahrens vor einem statutengemäß gebildeten Schiedsgerichts unmöglich gemacht haben. — In Leipzig hat das aus dem Genossen Dietz als Vorsitzenden und den Genossen Herre, Dieke, Frenzel, Höhne, Buhl und Siebold als Beisitzer zusammengesetzte Schiedsgericht folgende Entscheidung gefällt:

Beschluß:
Der Beschluß des Bezirksvorstandes der Sozialdemokratischen Partei in Leipzig vom 17. Januar 1925, nach welchem die Genossen Landtagsabgeordneter Otto Berger-Rohwein, Anton Hagen-Leipzig, Hermann Müller-Leipzig und Friedrich Strube-Bogau aus der Partei ausgeschlossen werden, wird aufgehoben. Die genannten Genossen bleiben Mitglieder mit vollen Rechten. Diese Entscheidung wurde mit 4 gegen 3 Stimmen der Genossen Dieke, Frenzel und Herre angenommen.

Begründung:
Die vom Ausschlußbeschluß betroffenen Genossen haben dem Beschluß der sächsischen Landesversammlung vom 28. Oktober 1924, für die Auflösung des sächsischen Landtages zu stimmen, damit gleichzeitig mit der Reichstagswahl am 7. Dezember die Landtagswahlen stattfinden könnten, nicht stattgegeben.

Es war zu prüfen, ob die angeschuldigten Genossen damit gegen den § 28 des Parteistatutes vom Jahre 1924 verstoßen haben, nach welchem der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen kann, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Organisation oder der Parteitage das Parteinteresse schädigt.

Wahgebend für die Beurteilung der Handlungsweise der angeschuldigten Genossen, wie auch der Beschlusfassung der sächsischen Landesversammlung ist eine Entscheidung des im Juni 1924 in Berlin stattgefundenen Reichsparteitages. Diese Entscheidung wurde auf Wunsch der vorbereitenden Kommission und des Parteivorstandes dem Weto zum einstimmigen Beschluß erhoben. Dasselbe, also auch von den sächsischen Genossen, gewünschte Willensäußerung des Reichsparteitages stellt Richtlinien für das Verhalten in dem sächsischen Konflikt auf. Sie bringt dabei besonders zum Ausdruck, daß 1. die gesamte sächsische Landtagsfraktion zu verurteilen habe, daß während der kritischen Uebergangszeit, die sich an die Durchführung des Sachverständigengutachtens angeschlossen, die Regierung Sachsens in die Hände der Reaktion gerate; 2. bei der Auswahl der Landtagskandidaten die Stellung der einzelnen Parteigenossen in dem vergangenen Parteitag nicht gewertet werde, und daß, um dies sicherzustellen, die Ausschließung derjenigen Landtagskandidaten, die bereits beschlossene sei, den zuständigen Parteioptionen nochmals zur Entscheidung vorgelegt werde.

Hieraus und aus dem ganzen übrigen Inhalt des Beschlusses des Berliner Parteitages ergibt sich, daß der Ausschluß des sächsischen Landtages zugestimmt werden soll, so bald ein so günstiger Ausgang zu erwarten steht, daß das Bürgertum nicht in der Lage sein wird, die Regierung für sich allein zu stellen, und so bald außerdem jene Einigkeit in der sächsischen Parteigenossenschaft hergestellt ist, die für einen erfolgreichen Wahlkampf Vorbedingung ist.

Die Verpflichtung, über gewisse Punkte und sumpfenmäßige Durchführung von Reichsparteitagebeschlüssen zu wachen, liegt in erster Linie dem Parteivorstand in Berlin ob. Er mußte also von sich aus prüfen, ob die sächsischen Instanzen und auch die sächsische Landesversammlung im Geiste des Beschlusses des Berliner Parteitages handelten oder nicht. Dasselbe selbständige Prüfen war aber auch Aufgabe der sächsischen Abgeordneten; denn sie sind nach Ziffer 3 der hier angezogenen Reichsparteitageentscheidung vom Juni 1924 neben den Landesparteiorganisationen auch dem Reichsparteitage verantwortlich. Es war, besonders nachdem mit Zustimmung der sächsischen Genossen die Angelegenheit vor dem Forum des Reichsparteitages gebracht worden war, nicht mehr das ausschließliche Recht der sächsischen Landesversammlung, den Zeitpunkt für die Auflösung des sächsischen Landtages zu bestimmen. Auch die Landesversammlungen müssen sich bei ihren Entscheidungen innerhalb des Rahmens bewegen, der ihnen vom Reichsparteitag gezogen ist.

Es war der Parteivorstand der Meinung, daß die Voraussetzung, die der Reichsparteitag für die Auflösung des sächsischen Landtages gestellt hat, nicht erfüllt waren, denn er sah den Beschluß, der sächsischen Landtagsfraktion zu empfehlen, den Antrag auf Auflösung des Landtages erst zu stellen, und von andern Seiten getragene Auflösungsanträge erst zuzustimmen, nachdem die Dresdener Vereinbarungen durchgeführt sind und dadurch die Sicherheit für einen einheitlichen und geschlossenen Landtagswahlkampf gegeben ist. Die 23 Landtagsabgeordneten, gegen welche sich das Ausschlußverfahren richtete, waren derselben Meinung, und zwar mit Recht. Die Voraussetzungen, die der Reichsparteitag für die Auflösung des sächsischen Landtages gestellt hatte, waren nicht erfüllt.

Es liegt deshalb nicht ein offener Verstoß gegen klare und unmißverständliche Beschlüsse des in diesem Falle maßgebenden Reichsparteitages vor, wie es erste Voraussetzung für die Berechtigung des Vorwurfs des Disziplinbruchs ist, sondern es handelt sich lediglich um verschiedene Auffassungen in der Wahl des Zeitpunktes, an welchem der sächsische Landtag aufgelöst werden sollte. Wegen der andersartigen Auffassung und Handlung der Angeeschuldigten kann man niemals 23 Mitglieder mit unbestrittenen Verdiensten um die Partei aus der Partei hinauswerfen.

Gerade die Pflicht, die demokratischen Grundzüge unter allen Umständen anzuwenden, erfordert es, daß der Wille des Reichsparteitages in erster Linie geachtet wird und Landesversammlungen nicht von den Richtlinien des Reichsparteitages abzuweichen. Die Demokratie würde in ihr Wesen verkehrt und es würde in der Partei ein zerstörender Partikularismus aufkommen, wenn nicht unter allen Umständen der Wille des Reichsparteitages als höchstes Gesetz gilt.

Von den Vertretern, die den Ausschluß beantragen, wird geltend gemacht, der Parteivorstand habe, als er der sächsischen

Landtagsfraktion empfahl, den Antrag auf Auflösung des Landtages noch nicht zu stellen, den Beschluß des sächsischen Landtages in aller Form suspendieren müssen. Das war in diesem Falle nicht erforderlich. Es genügt nach Lage der Sache, daß der Parteivorstand, der die Reichsparteitagebeschlüsse auszuführen oder die Ausführung zu überwachen hat, zum Ausdruck brachte, daß die vom Parteitag aufgestellten Voraussetzungen nicht erfüllt seien. Es ist auf den Inhalt der Parteivorstands-Stellungnahme, nicht auf die Form das Hauptgewicht zu legen.

Der vom Vorstand des Leipziger Bezirks auf Ausschluß gefaßte Beschluß war ein Fehlgriff. Die Handlungsweise der vom Ausschluß bedachten Genossen ist nicht moralisch zu werten und demzufolge zu bestrafen, sondern sie ist rein politisch zu beurteilen. Sie gehört nicht vor ein Schiedsgericht, sondern vor den Reichsparteitag. Um den Fehlgriff wieder gutzumachen und die ganze Angelegenheit wieder auf das richtige Gleis zu bringen, mußte der Beschluß des Bezirksvorstandes aufgehoben werden.

Der Wille der Mehrheit muß zur Geltung gebracht werden. Das wird und kann auch in Sachsen geschehen. Es wäre wahrscheinlich längst geschehen, wenn die Zeit zum Handeln im Einvernehmen mit dem Berliner Parteivorstand jetztgeleitet und damit die Autorität der Gesamtpartei in Sachsen eingeseht worden wäre.

Mit dem Beschluß verfolgt der Parteivorstand zweifellos die Absicht, den Sachkonflikt noch vor dem Reichsparteitage zu lösen. Der Parteivorstand verpflichtet die sächsischen Parteimitglieder im sächsischen Landtage, nunmehr ungekündigt die Auflösung des Landtages herbeizuführen. Es wird jetzt alles darauf ankommen, wie sich die 23 zu der unabweisenden Entscheidung des Parteivorstandes stellen, ob sie ihm folgen, oder ob sie sich dagegen auflehnen werden.

Der Landtag beabsichtigt, diese Woche in die Ferien zu gehen, die bis Oktober dauern sollen. Wenn die Absicht des P.-V. durchgeführt und der sächsische Konflikt nach seinem Vorschlag noch vor dem Reichsparteitag gelöst werden soll, dann muß der sächsische Landtag noch in dieser Woche zur Auflösung gebracht werden. Um dies zu ermöglichen, hat die Fraktionsminderheit heute durch den Genossen Krup beim Landtag einen Auflösungsantrag eingereicht. Der Antrag muß diese Woche erledigt werden. Als Voraussetzung für die Lösung des Sachkonfliktes sieht allerdings der Beschluß des Parteivorstandes „die völlige Erledigung der schwebenden Schiedsgerichtsverfahren“ vor. Der Parteivorstand hält das für nötig, um den Wahlkampf nicht ungünstig zu beeinflussen. Im Schlußsatz seiner Entscheidung wendet sich der Parteivorstand ausdrücklich an die sächsischen Organisationen, „alles zu tun, damit die schwebenden Verfahren endlich erledigt werden“. Bei dem gegenwärtigen Stand der Verfahren ließe sich die Erledigung vor dem Reichsparteitage nur dadurch erreichen, daß gegen den Leipziger Schiedspruch kein Einspruch an den Parteitag erhoben wird, und daß die Bezirksorganisationen, in denen noch kein Schiedspruch gefällt ist, die Ausschlußanträge zurückziehen. Diese Regelung dürfte wahrscheinlich bei manchem sächsischen Parteigenossen Widerstand finden, wenn aber die sofortige Lösung des Sachkonfliktes durch die Auflösung des Landtages in dieser Woche erreicht werden kann, so darf diese Lösung nicht an der Fortführung der Ausschlußverfahren scheitern.

Wird in dieser Woche die Auflösung des Landtages beschlossen, so muß die Neuwahl spätestens Anfang September erfolgen, da nach der sächsischen Verfassung bei einer Auflösung des Landtages die Neuwahl spätestens am 90. Tage nach der Auflösung stattfinden muß. In diesem Falle könnte auch der Beschluß der sächsischen Landesinstanzen, den Landesparteiitag am 6. September in Chemnitz abzuhalten, wieder aufgehoben werden, da der 6. September wahrscheinlich als Wahltag in Frage käme.

Die Entscheidung des Parteivorstandes hat bei den bürgerlichen Parteien größte Bestürzung hervorgerufen. Die bürgerlichen Blätter rechnen noch damit, daß die Entscheidung über die Auflösung des Landtages erst nach den Ferien fallen wird. So schreiben die Leipziger Neuesten Nachrichten:

Wie unsere Dresdener Schriftleitung aus sozialdemokratischen Kreisen hört, hat der Beschluß des Parteivorstandes in weiten Lagen wie eine Bombe eingeschlagen. Die gemäßigten Sozialdemokraten hatten noch bis zur letzten Stunde geglaubt, der Parteivorstand werde sich auf jeden Fall hinter sie stellen. Die Linkssozialisten ihrerseits hatten angenommen, daß sie sich gegen den Parteivorstand erst auf dem Reichsparteitage durchsetzen müßten. Der Beschluß des Parteivorstandes muß nach allem Vorausgegangenen als ein Fallstrich, ja als ein Treibholz gegenüber den 23 Gemäßigten wirken. Es ist wahrscheinlich, daß die 23 ihre Stellung nunmehr nicht mehr halten können und sich

der Auflösung des Landtages fügen werden. Am Montag oder Dienstag werden die Gemäßigten zum Parteivorstandsbeschluß ihre Entscheidung treffen. Der angekündigte kommunistische Antrag auf Landtagsauflösung war bis

Der Moskauer Prozeß.

M. Das Urteil ist gefällt. Wir haben von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, welcher Sinn diesem Prozeß zukommt und welchen Wert das Beweismaterial, das der Staatsanwalt Krjlenko sorgfältigst zusammengetragen hat, besitzt. Wir haben gesagt, daß dieser ganze Prozeß eine Komödie darstellt, aber immerhin eine Komödie von recht eigenartiger Natur. Der Ausgang des Prozesses hat diese Annahme bestätigt.

Und doch läßt dieser Prozeß eine Gefahr zu, die dem Sozialisten eine Betrachtungsweise aufdrängt, die außerhalb der Grenzen seiner Taktik zu finden ist. Der Zweck des Moskauer Prozesses lag ohne jeden Zweifel darin, sich Austauschobjekte für den im Leipziger Tschefanprozeß verurteilten Skoblewski und gar noch für den im Augenblick inhaftierten Parteichef der KPD, Malloski zu verschaffen. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß derjenige der drei Verurteilten, dessen Aussagen dies Urteil eigentlich erst ermöglichten, der Balte von Dittmar, keine andere Rolle gespielt hat, als die eines großen notorischen Spießes. Seine Aussagen hielt das Moskauer Gericht für glaubwürdig. Die Verhandlungen in Moskau ergaben für alle drei Angeklagten ein recht merkwürdiges Bild. Der Hauptangeklagte Dr. Kindermann ist zweifelsohne ein Mensch, den man gut in den Rahmen jugendlicher Romantik spannen kann. Der Halbkommunist Wolsch ist freilich etwas nüchtern und klarer als sein Mitangeklagter, gefällt sich aber doch sehr gut in der Rolle, die man in Rußland zu spielen gewöhnt ist. Und diese Rolle bestand keineswegs in der Ausübung all jener Staatsverbrechen, Mordanschläge und dergleichen, auf die der Staatsanwalt seine Anklage erhob. Es war gewiß dies seltsame Triumvirat den russischen Behörden ein willkommenes Moment, um das zu erreichen, was nun einmal erreicht werden sollte. Der Spieß Dittmar erfüllte seine Aufgabe gut. Wir nehmen nicht an, daß er in einem besonderen Auftrag der Moskauer Behörden Kindermann und Wolsch in eine Falle gelockt hätte. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß er, wie so viele seiner „Verursachenden“, in diese Rolle sich gewissermaßen erst hineinfühlte, die ihm dann so behagte, daß er von ihr nicht mehr lassen konnte.

Es tut nichts zur Sache, ob die Verurteilten eine Abirrische Polarreise oder, wie sie späterhin angaben, eine Forschungsreise zum Studium der Sowjetverhältnisse unternahmen wollten. Die Verbindung, die die Anklage zwischen den Studenten und der Organisationskonjunktur hergestellt hatte, war sicherlich recht kunstmäßig konstruiert. Wir sind gewiß nicht der Meinung, daß ähnliche Organisationsformen, wie die genannte, bei bestimmten deutschen Behörden eine widerwärtige Beachtung finden. Aber man wird die Widersinnigkeit der Moskauer Konstruktionen daran erkennen können, wenn man sich einzelne Momente der Anklageschrift vor Augen hält. Der Berliner Polizeipräsident sollte hiernach die verdächtigsten politischen Morde der Organisation Konjul begünstigt oder gar entfacht haben. So auch das Attentat auf Scheidemann. Also Scheidemann, der an anderen Stellen der Anklageschrift als Geneser des deutschen Revolutionärs figuriert, wird hier zum Angriffssubjekt — des Sozialdemokraten Richter, der den Polken des Berliner Polizeipräsidenten besetzte. Kindermann sollte der Generalbevollmächtigte der D. C. für russische Attentate sein. Kindermann ist Jude. Nun liegt die spezielle Aufgabe, deren sich die D. C. befleißigt, sicherlich auch im Interesse einer gewissen Schicht jüdischer Kapitalisten. Aber das besagt noch keinesfalls, daß es den Semitlingen auch gestattet wäre, die Aktionen dieser Organisation zu infiltrieren. Jedes Kind weiß in Deutschland, daß es einfach einem Juden unmöglich wäre, Aufnahme in die D. C. zu finden. Die Frage, ob ein jüdischer Student sonderlich Lust daran verspüren würde, brauchen wir gar nicht erst zu unteruchen. Des Baltes v. Dittmars Aussagen waren somit gewiß nicht dazu angehen, eine besondere Glaubwürdigkeit zu erlangen. Dazu braucht es eigentlich gar nicht erst der zahlreichsten Dementis, die von verschiedenen deutschen Amtsstellen losgelassen wurden.

Es war alles in allem ein recht unansehnliches Gewebe, das sich da im Moskauer Gerichtssaal entspannte. Vieles wird wahrscheinlich auf immer dem Tageslicht entrückt bleiben. Der tiefere Zweck der Kulandrie der Studenten war nun eben ein jugendlicher, romantischer Abenteuer, und solche Dinge wird man schwerlich auf ihren Gehalt prüfen können. Die Verurteilten waren alle drei recht fragwürdige Gestalten, die Herr Krjlenko sehr gut misshandeln konnte.

Aber war seine Methode denn so ungewohnt? Trug sie nicht deutlich die Spuren einer in unserer Stadt besonders gut bekannten Praxis? Und hier liegt nun die Gefahr für den Sozialisten, von der wir oben sprachen. Das Moskauer Urteil ist ohne allen Zweifel ein Blutrurteil schändlicher Art. Selbst wenn die Angeklagten wirklich all der Verbrechen schuldig wären, auf die hin man sie verurteilte, wird man es nicht verstehen können, daß der Sowjetstaat es nötig hatte, seine Sicherheit durch den Tod der Angeklagten zu stabilisieren. Wäre der Bestand der russischen Sowjetrepublik durch die Angeklagten in seiner Existenz wirklich so gefährdet, daß man sie durch Aufhängen oder Erschießen beseitigen muß? Wir, die wir bestimmt über eine Heberhöhung der realen Machtverhältnisse Sowjetrußlands erhalten sein dürfen, glauben, daß ein derartiges Schwächeeinsverständnis die russische Sowjetrepublik nicht verdient.

Dies, wie gesagt, wenn die Angeklagten tatsächlich all die Mordpläne im Sinne gehabt hätten, deren man sie bezichtigte. Nun haben sie aber, wie wir gezeigt haben, diese Dinge gar nicht im Schilde geführt. Und trotzdem? Diese Art, wie man auf Indizien hin dem Erwischten den Galgen aufrichtet, ist bekannt. Man hat gelernt.

Der Vorwärts nun schlug gewaltigen Darm, prügelte die Passivität der Reichsregierung und verlangte weiß Gott alle möglichen Staatsaktionen. Können wir wirklich von einer Regierung, die im eigenen Lande sich gegenüber der krassesten Klassenjustiz für ohnmächtig erklärt, verlangen, sie solle außerhalb ihrer Grenzen nach dem rechten gehen? Würden die Sowjetgewaltigen nicht mit etwas mehr als einem Abwärtigen Satz von eigener Rechtfertigung hingehen nach Deutschland und so unendlich viel aufzählen können und sagen: Das haben wir von euch gelernt! —

Nicht gerade so, aber so ähnlich. Die deutsche Reaktion schreit Zeter und Mordio, aber sie vergißt, daß sie der Lehrmeister der Moskauer Gerichtsherrn war. Die deutsche Arbeiterklasse ist die einzige, die ihre Stimme gegen die Moskauer Blutrurteil erheben darf. Das Moskauer Urteil ist ein Schandurteil. Aber auch hier gilt für uns der Grundsatz sozialdemokratischer Taktik: „Der Feind steht im eigenen Land!“

Reichsregierung und Moskauer Urteil.

Ein Begnadigungsgesuch Dittmars schon gestellt. SPD. Der amtliche Bericht der deutschen Botschaft in Moskau über den Moskauer Prozeß liegt bisher in Berlin noch nicht vor. Auch ist Dr. Freund, der von der deutschen Regierung bestellte Verteidiger noch nicht in Berlin eingetroffen. Vor seinem Eintreffen kann die Charakterisierung des Prozesses, soweit die Einzelheiten in Frage kommen, noch nicht abgeschlossen werden. Was die bereits zurückgekehrten deutschen Studenten Fink und Rose erzählen, kann lediglich zur Illustration der einzig bestehenden Justizkomödie dienen. Die Art, wie Fink vernommen wurde, ist bezeichnend. Ingenieurweise selbständige Darlegungen durfte er nicht machen, er hatte lediglich ganz bestimmte vom russischen Gericht gestellte Fragen zu beantworten. Die Zeugen wurden in Moskau völlig isoliert; sie bekamen weder eine deutsche Zeitung zu Gesicht, noch durften sie mit der deutschen Botschaft in Verbindung treten. Die Zurückführung der deutschen Botschaft mit dem Prozeß dürfte der Sowjetregierung sicher noch manche Unannehmlichkeiten bereiten. Das Reichsministerium fordert a. B. betriebliche Erklärungen über die Verdächtigungen des Legationsrats Hilger. Die Angeklagten werden sicherlich von dem Reich Gebrauch machen, ein Gnadengesuch an das Exekutivkomitee zu richten. Um auf alle Fälle weitere Tochter zu verhüten, hat die deutsche Regierung sofort entsprechende Schritte für die Nichtvollstreckung des Urteils unternommen.

Nach Moskauer Meldungen vom 4. Juli hat der Verurteilte v. Dittmar unmittelbar sein Gnadengesuch eingereicht. Diefes etwas häufige Gefe dürfte nicht ohne tiefere Grund sein. Sie bestätigt wohl deutlich, daß Dittmar in Moskau keine andere Rolle als die eines Spießes spielte.

Protest gegen das Moskauer Urteil.

Der Welt am Montag zufolge hat die Deutsche Liga für Menschenrechte an den Rat der Volkswirtschaften in Moskau folgendes Telegramm geschickt:

„Die Deutsche Liga für Menschenrechte nimmt gegen jede Regierung das primitivste Recht des Menschen auf sein eigenes Leben wahr. Sie hat gegen die Todesurteile der bulgarischen Regierung öffentlich protestiert. Sie hat sich gegen die Todesurteile des Leipziger Reichsgerichts gewandt. Sie appelliert an die russische Regierung auf Nichtvollstreckung der Todesurteile gegen die drei Deutschen, um so mehr da niemand durch die Verurteilten zu Schaden gekommen ist und Sowjetrußland die Todesstrafe als legales Mittel abgeschafft hat.“

Stimmen der Sowjetpresse.

Die Sowjetpresse ist am Freitag und Sonnabend mit großen Artikeln über den Kindermann-Prozeß ausgefüllt. Die Zeitungen bemühen sich, die Größe der Gefahr auszumalen, die das Komplott der drei Studenten für die Sowjetrepublik bedeutete hätte. Die Prawda verleiht sich sogar zu der Behauptung, daß die Reise der verurteilten Studenten nach Rußland mit der Ankflagerebe Birkenheabs im englischen Oberhaus gegen Rußland wegen der China-Anruhen im Zusammenhang steht.

Um den Finanzausgleich.

Die Finanzminister der Länder gegen v. Schlieben

Bei der Beratung des Finanzausgleiches im Steueraus- schuß des Reichstages kam es am Freitag zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem preussischen Finanzminister Höppler-Wischoff und dem Reichsfinanzminister v. Schlieben. Neben den Differenzen über die Frage der Zuschläge und die Höhe der Verteilungen an den Reichsteuern war es die Tatsache, daß ein inoffizieller Entwurf der Reichs- Regierung vorlag, der den Reichsrat überhaupt noch nicht beschäftigt hat, der die Schärfe der Debatte hervorrief. Andererseits ist es die Enttäuschung der Länder über den Bruch der Versprechungen durch die Regierungsparteien. Im Vertrauen auf deren frühere Haltung hatten die Länder und Gemeinden gehofft, jetzt mittels des Zuschlagsrechts größere finanzielle Bewegungsfreiheit zu erhalten. Statt dessen sehen sie sich einer feindseligen Front gegenüber, die sie sowohl finanziell als auch wirtschaftlich und politisch stark einengen will.

Genosse Dr. Herz gab seiner Benützung über den Verlauf der Aussprache am Donnerstag Ausdruck. Alle Parteien mit Ausnahme der Bauernpartei haben umgelehrt und lehnen die Zuschläge zur Einkommensteuer durch Länder und Gemeinden ab. Die Sozialdemokratie habe das stets getan, da Zuschläge sowohl die Steuerhoheit des Reiches, als auch die Einheit der Steuerbelastung gefährden. Es sei aber auch nicht sachlich gerechtfertigt, die Zuschläge, die man jetzt nicht machen wolle, für das Jahr 1927 zu verprechen. Eine Enquete, die die Grundlage für eine richtige Verteilung der Steuererträge schafft, ist notwendig. Die Höhe des Finanzbedarfs ist abhängig von den Aufgaben. Das Reich hat Ländern und Gemeinden neue Aufgaben überwiesen, es muß ihnen dafür auch die Mittel gemähren. Es ist falsch, daß bei den Gemeinden eine finanzielle Miswirtschaft getrieben worden ist. Wenn Gemeinden z. B. Güter erwerben, um den Wohnungsbau zu fördern, so ist das nur anerkennungswert. Das habe die Stadt Berlin getan. Ihre Finanzwirtschaft sei nur voranschauend und weitsichtig gewesen. Berlin habe die Steuern erheblich abgebaut, die Verwaltung eingeschränkt und demzufolge sei die niedrigste Grund- und Gewerbesteuer sowie die niedrigsten Wertsteuern. Für die Höhe der Ueberweisungen im Beharrungszustande seien genaue Unterlagen erforderlich. Es ist zu prüfen, ob feste Ueberweisungen nicht der prozentualen Beteiligung vorzuziehen seien. Die in dem neuen Vorschlag vorgesehene feste Relation zwischen Einkommensteuern und Realsteuern könne zu schweren Schäden bei Ländern und Gemeinden führen. Die unbillige Stellung der Sozialdemokratie zum Finanzausgleich hänge von der Hauszinssteuer ab, deren Verwendung für fiskalische Zwecke eingeschränkt werden muß.

Nachdem der weitere Nebener noch einmal betont hatten, daß die Einführung von Zuschlägen jetzt unmöglich sei, kam es zu der heftigen Auseinandersetzung zwischen dem preussischen Finanzminister Höppler-Wischoff und dem Reichsfinanzminister v. Schlieben. Dr. Höppler-Wischoff wandte sich scharf gegen den neuen Vorschlag der Reichsregierung, der neben der Verlegung des Zuschlagsrechts den Verlust unternehme, eine materielle und formell gleich unerträgliche Bevormundung von Ländern und Gemeinden einzuführen. Die Pflicht der Gemeinden, den Finanzämtern Einblick in ihr gesamtes Finanzgebaren zu gewähren, enthält die Annahme von Aufsichtsbefugnissen, denen sie niemals gewachsen seien. Das führe nur zu einer unnützen Vergrößerung des Apparates. Das in dem Vortrag zum Ausdruck kommende Mißtrauen sei unbegründet. Man verallgemeinere Einzelerscheinungen. Die Länder hätten durchaus sparsam gewirtschaftet. Ihre erheblichen Mehrausgaben seien auf die neuen Aufgaben zurückzuführen, die das Reich auf sie abgewälzt habe. Das Reichsfinanzministerium habe sich auch nicht an die Abmachungen im Reichsrat gehalten. Es werden jetzt in der Dunkelkammer Entwürfe zurechtgebeut werden, die die Länder vor eine ganz neue Situation stellen und überrumpeln. Die Verwirklichung dieser Absichten sei ohne schwere Erschütterungen nicht möglich.

Sehr erregt gab Reichsfinanzminister v. Schlieben seinem lebhaften Bedauern über den polemischen Ton des preussischen Finanzministers Ausdruck. Die Länder sollten der Reichsregierung dankbar sein, daß sie das Finanzausgleichsgesetz noch so rasch verabschiedet wolle. Die Kritik an der Finanzwirtschaft des Reiches sei unbedeutend. Die Reichsregierung habe auch nicht die Absicht, sich Aufsichtsbefugnissen über die Gemeinden bezulassen. Auch der Vorwurf, daß das Reich den Ländern und Gemeinden ein billiges Wirtschaften unmöglich mache, sei unberechtigt. Soeben erst habe der preussische Landtag beschlossen, daß jeder Beamte der unteren Besoldungsgruppen eine Erhöhung seiner Bezüge um 100 Reichsmark erhalten solle. Der Beschluß des preussischen Staatsrats sei unverständlich, wenn er die Erhöhung der Hauszinssteuer ablehne. Schlieben erklärte zum Schluß, er müsse jede Verantwortung ablehnen, wenn auf diese Art und Weise alle Versuche, einen geregelten Haushalt aufzustellen, vereitelt werden.

In der weiteren Aussprache erklärte Dr. Fischer-Rölln (Dem.), es sei auch ihm fraglich, ob man sich jetzt schon soweit festlegen könne, daß 1927 unter allen Umständen das Zuschlagsrecht eintreten müsse. Staatssekretär Popitz betonte ebenfalls, daß eine Kontrolle der Länder und Gemeinden nicht beabsichtigt sei. Ihre Verlangen nach der Statistik verfolge nur das Ziel, eine endgültige Regelung des Finanzausgleiches zu ermöglichen. Ueber die Form der Statistik könne noch gesprochen werden.

In der Sitzung des Ausschusses am Sonnabend schlossen sich der sächsische Finanzminister Dr. Reinhold und der württembergische Dr. Lindh im großen und ganzen der Kritik an, die am Freitag der preussische Finanzminister Dr. Höppler-Wischoff an den Finanzplänen der Reichsregierung geübt hatte. Dr. Reinhold erbot sich gegenüber den Vorwürfen der Verschwendung in den Ländern eingehende Unterlagen über die sächsischen Finanzen vorzulegen. Er bat, den bestehenden Ausgleich zu verlängern, bis diese Unterlagen geprüft sind und das endgültige Schicksal der Hauszinssteuer entschieden sei.

Im Namen der Regierung erklärte Staatssekretär Dr. Popitz, daß das Problem der Hauszinssteuer jetzt mit entschieden werden soll; weiter betonte er, daß das Reich auf seine Forderung nach 80 Prozent der Einkommensteuer (die Länder verlangen bekanntlich 75 von derselben Steuer) nicht verzichten könne.

Der Konflikt zwischen Deutschland und Polen.

Auf Grund der Verordnung der Reichsregierung treten am 6. Juli die deutschen wirtschaftlichen Kampfmassnahmen gegen Polen in Wirksamkeit. Dazu wird dem Soz. Vredendienst von besonderer Seite mitgeteilt, daß, soweit Deutschland in Frage kommt, die Verhandlungsgespräche offengelassen wird. Das von Deutschland vorgeschlagene Provisorium hat u. a. schließlich in erster Linie den Zweck, den Wirtschaftskrieg zu vermeiden; denn nicht nur Polen, sondern auch Deutschland werde durch den Wirtschaftskrieg empfindlich geschädigt. Das 100 000-Tonnen-Kohleneinfuhrkontingent dürfe aber angesichts der Lage des deutschen Bergbaues von Polen nicht zu niedrig eingestellt werden, zumal Deutschland auch weiterhin bereit ist, in der Frage der Feilsch- und Vieheinfuhr (Vehbestellung des alten Zustandes bis Herbst 1925) mit sich reden zu lassen. Jedenfalls steht das deutsche Angebot zur Schaffung eines Provisoriums noch immer zur Verhandlung. Die polnische Antwort darauf soll heute erfolgen. Hoffentlich fällt sie so aus, daß sich der Wirtschaftskrieg erübrigt.

Tagung des Reichsstädtebundes.

Auf der Tagung des Reichsstädtebundes in Koblenz wurden eine Reihe von Entschlüssen angenommen, die gegen die Forderung des Landes- und Gemeindefiskus an der Einkommen- und Körperschaftsteuer auf 75 Prozent protestieren, sich gegen die Entkommunalisierung kommunaler Versorgungswerke durch Ueberweisung an das Privatkapital wenden und auf dem Gebiete des Schulwesens eine Reihe von Maßnahmen fordern, um eine Form des Festenausgleichs auf diesem Gebiete herbeizuführen. Es wurde ferner auf dem Gebiete des Fürsorgewesens und der Neubauförderung eine Reihe von Vorschlägen gemacht, um den Notwendigkeiten der kleineren und mittleren Städte gerecht zu werden. Beschlossen wurde eine Satzungsänderung, nach der der Vorstand berechtigt ist, in wichtigen Fragen eine Anzahl von Parlamentarismitgliedern als parlamentarischen Beirat zu den Vorstandssitzungen hinzuzuziehen. Als nächster Tagungsort wurde Königsberg bestimmt.

Der bulgarische Kommunistenprozeß.

Zwölfjährige Gefängnisstrafen.

Aus Sofia wird gemeldet: In dem Prozeß gegen die Mitglieder des früheren Zentralkomitees der kommunistischen Partei, die angeklagt waren, den Aufstand im September 1923 hervorgerufen zu haben, verurteilte das Gericht Kabatschiew, zu zwölf Jahren Gefängnis und Kolaroff, Dimitroff und Jukanoff, die sich in Moskau befinden, in Abwesenheit zur gleichen Strafe. Frau Kirkowa, die Gattin des verstorbenen Kommunistenführers Kirko, sowie zwei andre Mitglieder des Zentralkomitees wurden freigesprochen.

Die Angeklagten in dem Prozeß der kommunistischen Zentrale sind auch in Deutschland gut bekannt. Kabatschiew trat besonders 1920 hervor, als er auf dem Hallenser Parteitag der USPD, für den Anschluss an Moskau plädierte und später auch zum Spaltungsparteitag der italienischen Partei von der Exekutive der kommunistischen Internationale delegiert wurde. Kolarow gehört auch heute noch der Exekutive der Moskauer Internationale an und steht an der Spitze des der Komintern angegliederten Internationalen Bauernrates.

Die Angeklagten im Prozeß der Zentrale hatten die eigentliche Führung der KP Bulgariens inne und teilten den sinnlosen Septemberputsch des Jahres 1923, der von der Jankow-Diktatur zu einem ungeheuren Blutbad ausgenutzt wurde und zur Festigung des Jankow-Regimes im Grunde genommen nur beigetragen hat. Die Jankow-Henker mühten denen, die sie jetzt zu unermesslich hohen Gefängnisstrafen verurteilen, statt sie mit den ausgefeiltesten Methoden der Schreckensherrschaft zu verfolgen, eher dankbar sein.

Von Nah und Fern.

Amundsens Ankunft an Polo.

Doko, 6. Juli. In Anwesenheit einer ungeheuren Menschenmenge erfolgte heute die Ankunft der Polarflieger, die von der Königin, welche sich in einem Motorboot zu ihrem Empfang begeben hatte, begrüßt wurden. Der Storting-Präsident Lyffe hieß die Polarflieger mit einer Ansprache willkommen. Amundsen erwiderte auf die Rede des Storting-Präsidenten mit einer Ansprache, in der er, auch im Namen seiner Gefährten, seinen Dank für die Willkommensworte ausdrückte. Er schloß mit einem Hoch auf Norwegen. Bei dem Empfang im Schloß begrüßte der König Amundsen und seine Gefährten und überreichte Amundsen die Bürgermedaille. Auch seine Gefährten erhielten Ordensauszeichnungen.

Blutiger Kampf mit Zigeunern.

II. Hamm, 6. Juli. In Huelten gerieten in einer Wirtshauskneipe Zigeuner und Korbflechter in Streit. Dabei kam es zu einer Schlägerei, in deren Verlauf der an dem Streit völlig unbeteiligte Geschäftsführer Gruben aus Huelten einen Kopfschlag erhielt, der kurze Zeit darauf den Tod herbeiführte. Der Schirmflicker Klein erhielt einen Bauch- und Armschlag. Zwei Zigeuner wurden lebensgefährlich verletzt. Ebenso wurde ein Zigeunerweib durch einen Schlag erheblich verletzt. Nach der Schlägerei ergriffen die Zigeuner die Flucht. Sie konnten aber von der Polizei gestellt und dingfest gemacht werden. Der Haupttäter wird schon seit längerer Zeit wegen der Erschießung eines Landjägers festbriefflich verfolgt.

Genbenungsgeld in Oberschlesien.

II. Berlin, 6. Juli. Wie die „Montagspost“ aus Breslau meldet, ist in der Nacht zum Sonntag auf der Zeche „Konordia“ in Hindenburg i. O.-Schl. ein Schacht in einer Ausdehnung von 100 Metern eingebrochen. Zwei Arbeiter konnten nur als Leichen geborgen werden, ein dritter Arbeiter erlitt schwere Kopfverletzungen.

Eine idamerikanische Stadt eingeehert.

II. Berlin, 6. Juli. Der „Montag“ meldet aus Neunort: Nach einer Meldung aus Bogota in Columbia ist die Stadt Montecales, die 65 000 Einwohner zählt, durch eine Feuersbrunst vollständig zerstört worden.

Explosion einer russischen Munitionsfabrik.

II. Wina, 6. Juli. In Pologz (Sowj.-Rußland) explodierte eine der größten sowjetrussischen Munitionsfabriken. Es waren dort 300 000 Kilogramm Dynamit untergebracht. Der angerichtete Schaden ist ungeheuer.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Kurt Günther in Leipzig.

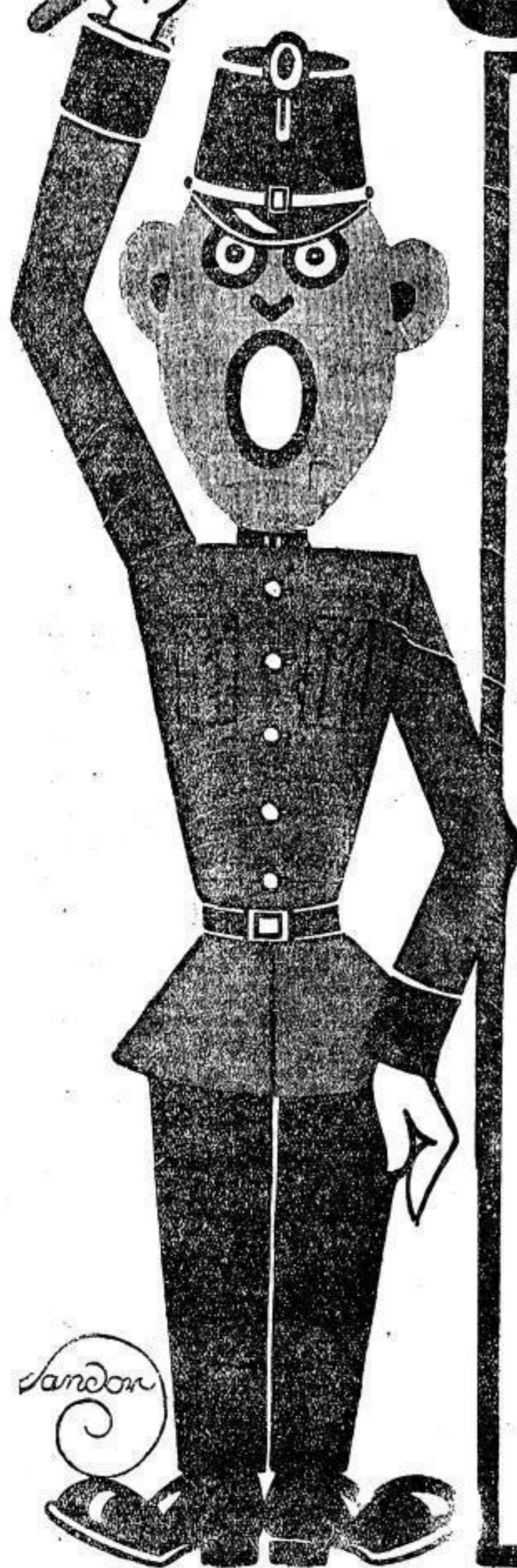
Verantwortlich für den Interaktenteil:

Hugo Schyland in Leipzig.

Druck u. Verlag, Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Wacht! Saison-Ausverkauf



Billigste Rekord Preise

Der Triumph meines Rekordes!

- | | | | |
|--|-------|---|-------|
| Strickwaren | | Unterkleidung | |
| Blusenschoner, reine Wolle, in schönen Farben | 1.35 | Damen-Unterhemdchen in Baumwolle, weiß, gestrickt | 25 ct |
| Strandjäckchen, reine Wolle, links-links gestrickt, schöne lange Form, mit Schalragen, in großer Farben-Auswahl | 2.95 | Lange Damen-Hemden fein gerippt, gestrickt, mit Bandträger, weiß | 60 ct |
| Strandjäckchen, reine Wolle, schwere, dicke gestrickte Qualität, mit Schalragen | 4.95 | Damen-Hemdchen weiß, Baumwolle, moderne Form, mit Steg | 95 ct |
| Elegante Westen, weiche Zephyrwolle, mit Jacquard-Mustern und einfarbig, für leichte Sommer-Kleider | 3.95 | Seid. Damen-Hemdchen in schönen Farben, moderne Ausführung | 3.45 |
| Klub-Westen, reine Wolle, einfarbig, mit farbiger Blende abgesetzt, für Herren und Damen | 3.95 | Damen-Schlupfhosen Baumwolle, mit doppeltem Gesäß, farbig | 65 ct |
| Eleg. Damen-Klub-Westen, reine Wolle, links-links gestrickt, weiß-gründig, mit römischen Längsstreifen | 4.95 | Seid. Damen-Schlupfhosen mit dopp. Gesäß, pa. Qual., in schön. Farb. | 1.85 |
| Klub-Westen, Kunstseide platt, in vornehmer Farbenstellung, für Herren und Damen | 5.85 | Seid. Strinzebrücke in prima Qualität, in schönen Farben | 3.45 |
| Damen-Sport-Westen, prima Zephyrwolle, mit seidendurchwirkten Jacquard-Mustern | 6.95 | Kinder-Jüpchen pa. Baumwolle | 28 ct |
| Damen-Sport-Westen mit Kragen, einfarbig, mit Blende abgesetzt, in reiner weicher Wolle | 7.85 | Erstlings-Mützen merzerisiert, hellblau | 15 ct |
| Damen-Klub-Westen, künstl. Seide, in schönen modernen Farben | 7.95 | Herren-Netzjackett in Baumwolle, für heiße Tage | 68 ct |
| Lange Damen-Jacken, reine Wolle, mit eleganter Kante, in schöner Farbenstellung | 5.85 | Herren-Hosen baumwollene regulär gewirkte Steppzier-Qualität, sehr praktisch für Berufstätige, bis 100 cm Bauchweite | 75 ct |
| Lange seid. Damen-Jacken in wunderbaren Farben | 6.95 | Herren-Hosen prima Baumwolle, makofarbig, mit grossem Doppelzwickel, bis 100 cm Bauchweite | 1.60 |
| Lange Damen-Jacken, reine Wolle, extrastarke Qualität, mit angerauter oder römischer Kante | 9.85 | Herren-Hosen „echt ägypt. Mako“ mit grossem Doppelzwickel, prima Qualitätsware, sehr haltbar, bis 110 cm Bauchweite | 2.75 |
| Seiden-Jumper mit spitzem Hals-ausschnitt, in sporten Ananas-Mustern | 2.85 | Herren-Einsatz-Hemden in Baumwolle, mit schönen Pique-Einsätzen | 1.45 |
| Jumper in reiner Wolle, künstlicher Besatz und Seiden-Trikot, mit Spitzen-Besatz, in zierlicher Farben- und Muster-Auswahl | 3.95 | Herren-Artikel | |
| Pullover, extrastarke Kunstseide gestrickt, mit apert. Jacquard-Mustern | 6.75 | Sportkragen, prima Ripplique und Zephir, beste Verarbeitung, weiß und farbig, in allen Weiten | 15 ct |
| Elegante Seiden-Trikot-Kleider, besonders starke Qualität | 6.95 | Schleifenbinder, prima Qualität, in moderner Ausmusterung | 35 ct |
| Kunstseid. Kleider gestrickt, mit elegant. Jacquard-Mustern in fescher Form | 7.75 | Selbstbinder, prima künstl. Seide, einfarbig | 45 ct |
| Reinwollne Strick-Kleider, kräftige Qualität, offen u. geschlossen zu tragen | 11.95 | Selbstbinder, prima Qualität, in wunderbaren Mustern | 65 ct |
| Elegante seidene Kostüme, gestrickt, extrastarke Qualität, mit hochelegant. Jacquard-Mustern | 19.75 | Perkal-Oberhemden, mit und ohne Kragen, in modernen Mustern | 3.75 |
| Apachen-Schals, künstl. Seide, in eleganter Ausführung | 95 ct | Zephir-Oberhemden, prima Qualität, mit 2 weichen Kragen und Umschlagmanschetten, in modernen Streifenmustern | 4.85 |
| Große Schulter-Tücher, reine Wolle, eleg. Handarb., in farbenr. Auswahl | 5.75 | Sport-Hemden mit Schillerkragen, prima Zephir, einfarbig, und prima Placell, in vielen Farben sortiert | 3.75 |
| Kinder-Jumper, reine Wolle sowie in Kunstseide, in allen Größen | 1.95 | Tennishemden mit Schillerkragen, prima weißes Blendentuch | 4.95 |
| Reinwollene gehäkelte Kinder-Jumper, leuchtende Farben, m. farbiger Kante, alle Größen | 3.95 | Jumper-Schürzen einfarbig mit buntem Besatz | 75 ct |
| Elegante Kinder-Jacquard-Westen, prima Wolle, ohne Arm, in allen Größen | 2.95 | Jumper-Schürzen Kretonne, bunt gemustert | 90 ct |
| | | Knaben-Schürzen aus einfarbig. Gingham, Größe 65 u. 50 | 45 ct |
| | | Herren-Taschentücher Linon, weiß, 42 cm | 15 ct |
| | | Damen-Taschentücher Batist mit Hobbeum, 27 cm | 15 ct |
| | | Sommer-Stoff-Gamaschen für Damen, sportbillig | 95 ct |

Versand nur gegen Nachnahme. Kein Umtausch. Mengensabgabe vorbehalten. Der Ausverkauf findet nur in meinem Hauptgeschäft statt.

Strumpfschulze

Sozialpolitische Fragen vor dem Reichstage.

Kurzarbeit.

Das Plenum des Reichstages muß seine Tätigkeit notgedrungen auf zwei Tage unterbrechen, da keinerlei Arbeitsstoff vorhanden ist, trotz der politischen Hochkonjunktur, die in Berlin seit Wochen zu verzeichnen ist.

In der Mitte der vergangenen Woche verlangte die Deutsche Volkspartei, daß die außenpolitischen Probleme sobald als möglich vor dem Plenum verhandelt werden sollten, da aus den Reihen der Deutschnationalen gegen die Politik Stresemanns immer schärferer Widerstand erwuchs. Dann aber kam der Umfall der Deutschnationalen. Die Fehde der Volksparteier gegen die Deutschnationalen endete in einem nicht gerade fröhlichen Federkrieg zwischen Schiele und Dr. Stresemann.

Obwohl der Reichstag zur Kurzarbeit übergehen muß, hat sich die Mehrheit der bürgerlichen Parteien dennoch nicht entschlossen, die zwei freien Tage, die für heute und morgen eingelegt werden mußten, zur Behandlung der wichtigen außenpolitischen Probleme zu benutzen. Das alles um die bedrängten Deutschnationalen zu schützen. Wäre die außenpolitische Aussprache in diesen Tagen vorgenommen worden, dann hätten die Deutschnationalen wohl oder übel Farbe bekennen müssen. Herr Schiele hätte mit der Sprache herausgemußt. Er hätte vor dem gesamten Hause feststellen müssen, daß er zwar gewußt habe, daß Stresemann am 9. Februar eine außenpolitisch überaus weittragende Note an die Alliierten abgehen ließ, daß er aber keinerlei Initiative entfaltet habe, um den Wortlaut dieser wichtigen außenpolitischen Entscheidung kennenzulernen.

Auch sonst müßte die außenpolitische Aussprache einen neuen Zusammenbruch der deutschnationalen Ideologie ergeben, wenn nicht anders das Kabinett in die Brüche gehen sollte. Darum erklärten die bürgerlichen Parteien vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen, daß die außenpolitische Aussprache verschoben werden müsse, bis die Antwortnote Stresemanns an Briand ergangen sei.

Der Außenminister tappt dabei freilich völlig im Dunkeln. Aber lieber eine Außenpolitik der Pflöcke und Kniffe, als durch eine weitere Komplizierung der innenpolitischen Lage auf den Hochschuß und die neuen Steuern verzichten zu müssen. Diese würden durch eine außenpolitische Aussprache unmittelbar in Gefahr gebracht, denn würden sich die Gegensätze zwischen den beiden führenden Regierungsparteien weiter verschärfen, dann wäre mit einer Regierungskrise sicher zu rechnen. Es würde dann ferner auch das ganze Arbeitsprogramm, das sich der Reichstag bis zum 18. Juli vorgenommen hat, in der Hauptsache unerledigt bleiben. Schon jetzt ist es völlig ausgeschlossen, daß das vorgenommene Pensum bis zum 18. erledigt werden kann. Am 8. tritt das Plenum erneut zusammen. Dann bleiben 10 Tage übrig. In diesem Dezenium sollen die zwei Aufwertungsgesetze, rund 10 Steuervorlagen, der Zolltarif, die dritte Lesung des Reichsetats, die außenpolitische Aussprache und mancherlei kleine Vorlagen verhandelt werden. Das ist schon rein technisch eine Unmöglichkeit, um so weniger als bis auf den Aufwertungsausschuß keiner der übrigen Ausschüsse vor dem Abschluß seiner Arbeiten steht.

Zwar berät der Kostenausschuß beinahe jeden Tag. Aber auch er ist nicht imstande, die Quadratur dieses Kreises zu lösen.

88. Sitzung des Reichstages.

Berlin, 4. Juli.

Ein kommunistischer Antrag auf Haftentlassung der Abgeordneten Sedert und Pfeiffer (Komm.) wird dem Gesundheitsausschuß überwiesen. — Die Vorlage über Gebühre für Arbeitsbücher wird in dritter Lesung angenommen. — Das zur dritten Lesung stehende Handelsabkommen mit Griechenland wird auf Antrag des Abg. Schulz-Bromberg (din.) dem Auswärtigen und dem Handelspolitischen Ausschuß überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über den Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten, verbunden mit einem sozialdemokratischen Antrag über die Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben. Nach der Vorlage kann die Beschäftigung und der Besuch von Minderjährigen unter 18 Jahren für bestimmte Lustbarkeiten, Schaustellungen usw. verboten oder eingeschränkt werden.

Abg. Frau Schröder (Soz.)

berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses. Der Gesetzentwurf geht von einem sozialdemokratischen Antrag aus, der den fehlenden Kinderschutz in der Filmindustrie schaffen will. Im Ausschuß ist auseinandergesetzt worden, wie leichtbar nervenschädlich und gesundheitsgefährdend die Verwendung der Kinder bei Filmaufnahmen ist. Wenn schon die Konstitution und das Nervensystem der Erwachsenen bei den Filmaufnahmen schwer angegriffen werden, so ist es noch viel schlimmer bei den Kindern, deren Nervensystem in seinem Aufbau viel weicher und feiner ist. Dazu kommt die schlechte Luft in den Filmateliers bei Aufnahme im Freien, Staub, Sonnenbrand und überhaupt das scharfe Licht, das bei den Aufnahmen notwendig ist. Schließlich tritt bei den Kindern noch besonders eine moralische und sittliche Schädigung hinzu. Aus allen diesen Gründen hat sich die Notwendigkeit des Schutzes der bei Filmaufnahmen beschäftigten Kinder als außerordentlich dringend erwiesen. Berlin hat sich deshalb schon veranlaßt gesehen, seine Kinder bei Filmaufnahmen zu schützen. Die Berliner Filmindustrie kann sich aber dadurch helfen, daß sie eine Stunde von Berlin fort geht und in Neubabelsberg Aufnahmen macht. In München, der zweitgrößten Zentrale für Filmaufnahmen, besteht allerdings ein Schutz der Kinder überhaupt noch nicht. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Antrag unserer Fraktion lehnt sich durchaus an die Berliner Polizeiverordnung an, die ihre Durchführbarkeit ja bereits praktisch erwiesen hat. Danach sind Kinder unter 3 Jahren überhaupt von Filmaufnahmen ausgeschlossen, weil die Schädigung der kindlichen Konstitution außerordentlich groß ist. Bei Schulkindern soll Erlaubnis durch die Schulaufsichtsbehörde oder der von dieser beauftragten Stelle erteilt werden. Der vorliegende Gesetzentwurf hat ein offensichtliches Manko, denn er will die Jugend in erster Linie vor sittlichen Gefahren beim Besuch der Lustbarkeiten beschützen. Die Mehrheit des Ausschusses war aber der Ansicht, daß die Frage losgelöst von all den anderen Punkten des Schutzes der Jugendlichen bei Lustbarkeiten usw. viel eher geregelt werden muß. Die Befürchtung, daß durch diesen weitgehenden Kinderschutz, wie er vom Ausschuß beschlossen worden ist, die deutsche Filmindustrie in ihrer Konkurrenzfähigkeit dem Ausland gegenüber geschädigt werden könnte, ist unbegründet, denn das Ausland hat, wie der preussische Regierungsvertreter mittelste, in einzelnen Gesetzesbestimmungen einen noch weitergehenden Kinderschutz. So ist in Italien z. B. die Beschäftigung von Kindern

unter 15 Jahren überhaupt verboten. In Frankreich werden zweifellos die Artikel des Arbeitsgesetzbuches angewandt, welche die Arbeitsbedingungen der Kinder unter 13 Jahren als Schauspieler usw. regelt. In Großbritannien ist die Beschäftigung von Kindern bei Filmaufnahmen wahrscheinlich den Bestimmungen des 1920 erlassenen Gesetzes unterworfen, das das Ueber-einkommen von Washington durchgeföhrt und das Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren mit gewerblichen Arbeiten enthält. Ebenso ist es in Schweden.

Die Mehrheit des Ausschusses war davon überzeugt, daß eine Konkurrenzfähigkeit der deutschen Filmindustrie nicht in Frage käme, daß aber vor allem die Gesundheit der Kinder dem Reichstag näher stehen müßte, als das Interesse einiger kapitalistischer Filmindustrieller. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Frage, ob Kinder unter 3 Jahren generell ausgeschlossen werden sollten, spielte eine besondere Rolle; die Mehrheit des Ausschusses hat gestimmt, die Heranziehung von Kindern unter 3 Jahren zu Filmaufnahmen im Interesse der Wissenschaft und der Heilkunde zulassen zu lassen. Die Anregung eines Ausschuhmitgliedes, die Aufnahme in Ateliers und bei künstlichem Licht auszuschließen, wurde leider verworfen. Ein Antrag der Kommunisten, bei dem Schutz der Kinder bei Filmaufnahmen bis zum 18. Lebensjahre hinauszugehen, wurde zurückgezogen, weil das Kinderjahrgesetz nur Kinder bis zum 14. Lebensjahre einschließt. Mit der Regelung dieser einen Spezialfrage ist aber die Forderung noch nicht erledigt, das Kinderjahrgesetz auszubauen, sondern die Regierung ist verpflichtet, bei nächster Gelegenheit einen Gesetzentwurf vorzulegen, der einen Aus- und Umbau des Kinderjahrgesetzes für die heutige Zeit vorsieht. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Frau Wendsee (Komm.): Wenn die Jugend vermahrt, so ist das die Schuld der Gesellschaft. Ramentlich die Wohnungsfrage spielt hier eine große Rolle und die Frage der Löhne der Arbeiter. Wenn da nicht eine bessere Lage geschaffen werde, wird die Verwahrlosung der Jugend weiter um sich greifen. — Abg. Schwarzer (B. Vpt.) bemängelt, daß bei Beratung der Kinderarbeit bei Filmaufnahmen eine sachverständige Beratung nicht stattgefunden habe. Es sei ein Novum in der Gesetzgebung, daß man, wie die Vorlage es wolle, den Jugendlichen über das schulpflichtige Alter hinaus verbieten wolle, zu filmen, wenn es nicht vom Jugendamt genehmigt sei. Das man für den Schutz der Jugend einzutreten müsse, sei selbstverständlich. Wenn aber das Gesetz kategorisch verbiete, daß Kinder unter 3 Jahren zu andern als Zwecken der Wissenschaft und der Heilkunde gefilmt werden, so müsse man das als zu weitgehend ablehnen. Es könnten ja bei den Aufnahmen ein Arzt und auch die Mutter zugegen sein, aber die Möglichkeit müsse bestehen, auch deutsche Kinder zu filmen. Der Redner beantragt nochmalige Zurückverweisung des Gesetzentwurfes an den sozialen Ausschuß. Für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Filmindustrie auf dem Weltmarkt sei eine nochmalige Ueberprüfung der Vorlage erforderlich. — Abg. Frau Lüders (Dem.) wendet sich gegen die Ausführungen des Vorredners.

Abg. Schröder (Soz.)

wendet sich gegen die in verstärkter Form vorgetragene Behauptung des Abg. Schwarzer, als ob der Ausschuß überzumpelt worden sei. Der sozialdemokratische Antrag ist schon vor 6 Monaten gestellt worden. Herr Schwarzer hätte also Gelegenheit gehabt, sich sachmännlich zu unterrichten. Wer einmal eine Filmaufnahme angesehen und beobachtet hat, wie dabei die Kinder angegriffen werden, der wird sich nicht gegen den Schutz sträuben können. Die rührenden Familienjungen in Schundfilmen, von denen hier gesprochen wurde, stammen doch aus der unendlichen Not der Kinder, und wenn das Schicksal dieser Kinder am Herzen liegt, der wird nicht nach diesen rührenden Filmen, sondern nach der Wirklichkeit sich richten. Es ist nicht zu verstehen, daß ein christlicher Arbeitervertreter sich gegen diesen Kinderschutz wendet. Es scheint, als ob er hier nur das Interesse des Filmkapitals wahrnehmen will. Hinter diesen Gründen sind aber auch noch partikularkritische Interessen verborgen, man will die Filmzentrale München von dem Kinderschutz ausnehmen. Muß einem christlichen Arbeitervertreter aber die Frage des Kinderschutzes nicht näher liegen, als die Interessen des Kapitals der Filmindustrie? Wir erklären uns bereit, daran mitzuwirken, daß durch internationale Regelung ein solcher Kinderschutz auch für die Filmindustrie in solchen Ländern geschaffen wird, wo er nicht besteht. (Beifall. Beifall! b. d. Soz.)

Die Regierungsvorlage wird dann einem besonderen Ausschuß überwiesen, der Antrag Müller-Franke wird in zweiter Lesung angenommen.

Reichsregierung und außenpolitische Aussprache.

Dann teilt Präsident Löbe dem Hause mit, daß er gemäß den Beschlüssen des Hauses vom Freitag mit dem Reichskanzler die Frage besprochen habe,

ob und wann die außenpolitische Debatte stattfinden könne. Der Reichskanzler habe erklärt, daß es gegenwärtig nicht wünschenswert wäre, in die außenpolitische Debatte einzutreten, weil wichtige diplomatische Verhandlungen, die gegenwärtig schweben, dadurch gestört würden. Dann hätte aber, wie Präsident Löbe weiter mitteilt, das Haus sehr wenig Beratungskraft, weil alles noch in den Ausschüssen liege. Es sei daher zu erwägen, den Montag und Dienstag Sitzungsfrei zu lassen.

Abg. Dittmann (Soz.):

Wir haben gehört, daß die Regierung eine außenpolitische Debatte nicht wünscht, bevor die Note abgehandelt ist. Unsere gestrigen Befürchtungen waren also begründet. Wir erheben den schärfsten Einspruch dagegen, daß der Reichstag in dieser wichtigen Frage ausgeschaltet werden soll. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir sind ferner der Meinung, daß das Plenum keine Beratungen am Montag und Dienstag nicht aussetzen soll. Es ist eine ganze Anzahl wichtiger Fragen, die an diesen Tagen behandelt werden können. Alle Fraktionen haben Anträge und Interpellationen eingebracht, an denen sie stark interessiert sind und deren Erledigung bisher zurückgestellt worden ist. Im Kostentrat kann heute noch festgestellt werden, welche Gegenstände am Montag und Dienstag behandelt werden sollen.

Abg. v. Graefe (Wölk.) ersucht, heute noch einmal im Kostentrat darüber mit dem Außenminister zu verhandeln, daß die außenpolitische Debatte Anfang der nächsten Woche erfolgt. Die Bälkischen wünschten unter allen Umständen die sofortige außenpolitische Debatte.

Staatssekretär Kempner: Im Austrage des Reichskanzlers habe ich zu erklären, daß die Debatte über die außenpolitische Lage noch vor den Sommerferien stattfinden wird, und zwar sobald die Antwortnote überreicht ist. (Beifall! Hört, hört! links.)

Abg. Dr. Rosenbergs (Komm.) erklärt, ein derartiges Vorgehen der Regierung würde in keinem andern Parlament Europas möglich sein. (Gelächter rechts.) Die Kommunisten müßten unbedingt auf der sofortigen außenpolitischen Debatte bestehen.

Abg. Breitheid (Soz.):

Wir sind bereit, dem Antrage Graefe zuzustimmen; wir sind doppelt bereit dazu, nachdem die Regierung ihre Erklärung abgegeben hat. Wir verlangen, daß die Regierung ihre Gründe darlegt, aus denen sie nicht in der Lage sei, hier in einer außenpolitischen Debatte Red und Antwort zu geben. Wir dürfen annehmen, daß der Außenminister in den Angelegenheiten seines Ressorts bewandert genug ist, um in der Lage zu sein, die Gründe dafür anzugeben. Wenn wir nichts darüber hören, müssen wir annehmen, daß es sehr fadenäugige Gründe sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir legen den allergrößten Wert darauf, daß die Debatte über den Sicherheitspakt und die andern damit zusammenhängenden Gegenstände erfolgt, bevor die Note hinausgegangen ist. Was die Richtlinien der Volkspartei darüber sagen, ist keine blühende Antwort; wir verlangen sie aus autoritativem Munde. Das parlamentarische System erfordert, daß der Reichstag vor Beendigung der Verhandlungen seinen Einfluß darauf ausüben imstande ist. Wir müssen sagen können, ob uns die Note gefällt oder ob sie uns nicht gefällt. Das ist keine Politik, nachträglich die Mißbilligung auszusprechen. Der Reichstag muß wissen, was gespielt wird. Das ist um so notwendiger, als wir doch oft genug gehört haben, daß nach dem Kriege der Geheimdiplomatie ein Ende bereitet werden soll. (Stürmische Zwischenrufe rechts.) Wir fordern also mit aller Energie, daß der Reichstag seinen Einfluß auf die auswärtige Politik und besonders in einer so wichtigen Frage ausübt. Es ist uns unverständlich, daß Volksovertreter sich selbst davon ausschalten wollen, ihren Einfluß auszuüben. (Lachen rechts.) Nun hat zwar die Volkspartei ihre Richtlinien herausgegeben. Wir haben aber das Recht, zu erfahren, ob das die Richtlinien der Volkspartei oder die Richtlinien der Regierung sind. Wir müssen wissen, ob diese Richtlinien Herr Stresemann der Deutschen Volkspartei oder die Deutsche Volkspartei Herrn Stresemann vorgeschrieben hat. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir müssen wissen, nach welchen Richtlinien die Regierung vorzugehen gedenkt. Die Tatsache, daß das Volkspartei bekannt ist, entbehrt die Regierung nicht der Notwendigkeit, auch die andern Parteien darüber zu unterrichten. Die deutschnationale Presse hat ja den Richtlinien nicht zugestimmt, es ist also immer noch zweifelhaft, ob das die Richtlinien der Regierung sind. Im Plenum des Reichstages muß darüber Auskunft gegeben werden. Die Voraussetzung des internationalen Eingreifens der Regierung und der Regierungspartei ist doch das Angebot vom Februar. Wir haben die Gewissheit, daß sich in einer der Regierungsparteien ein einflussreicher Kreis von politischen Führern an dieses Angebot nicht gebunden hält. Wenn das der Fall ist, dann müssen wir wissen, wie die Regierung dazu steht. (Großer Lärm rechts.) Eines der Regierungsmitglieder, der Innenminister Schiele, hat noch am 25. Mai erklärt, daß ihm das Angebot der Regierung nicht bekannt sei. (Stürmisches Hört, hört! links.) Nach alledem verlangen wir, daß die Regierung in einer Aussprache Rede und Antwort steht; wir wollen Klarheit haben. (Stürmische Zustimmung links, Lärm rechts.)

Abg. Fehrenbach (Ztr.): Montag und Dienstag sollten keine Sitzungen stattfinden, damit die Ausschüsse ihre wichtigen Beratungen für das Plenum frei machen können. Bezüglich der Debatte über die außenpolitische Lage hat der Reichskanzler im Kostentrat nichts davon gesagt, daß die Debatte erst nach Abhandlung der Note erfolgen soll. Der Reichskanzler hat aber den Wunsch geäußert, im Kostentrat Auskunft über die Gründe zu geben, welche es geboten erscheinen ließen, die außenpolitische Debatte zurückzustellen. Vielleicht könnte der Reichskanzler auch im auswärtigen Ausschuß diese Gründe am nächsten Mittwoch auseinandersetzen. Bis dahin geht die Note ja noch nicht heraus. Zuerst müssen wir den Kanzler hören, und dann wird noch immer Zeit sein, darüber zu sprechen, wann die außenpolitische Debatte stattfinden soll. (Beifall rechts.)

Präsident Löbe: Der Reichskanzler hat sich bereit erklärt, die Gründe gegen die sofortige Außendebatte darzulegen; aus der soeben gegebenen Erklärung geht aber hervor, daß wir uns über den Zeitpunkt der außenpolitischen Debatte klar sein sollen. — Abg. Haas (Dem.): Es ist nicht verständlich, warum der Reichskanzler seine Erklärung durch den Staatssekretär abgegeben hat. Wir wünschen auch eine außenpolitische Debatte vor Absendung der Note und müssen daher vorher den Reichskanzler hören. Mit dem Außenminister könnten wir uns nur begnügen, wenn wir wüßten, bis dahin geht die Meinung sind. Wir scheinen aber das Durch-einander der Regierungsparteien so groß zu sein, daß ich die Auffassung habe, durch den Reichskanzler vielleicht besser informiert zu werden. Die Aussprache muß so schnell wie möglich mit dem Reichskanzler erfolgen. — Abg. Stöcker (Komm.) beantragt, dem Reichsaussenminister Stresemann sofort vor dem Reichstag zu rufen, um die Gründe der Regierung für die Hinauszögerung der Debatte zu hören. — Abg. Fehrenbach (Z.) fragt den im Saale befindlichen Reichsarbeitsminister, ob nach seiner Ansicht eine Abwendung der Note über den Sicherheitspakt in Frage käme, bevor der Reichskanzler mit dem Kabinett einig sei, und seine Erklärungen vielleicht dem auswärtigen Ausschuß abgegeben habe.

Reichsarbeitsminister Brauns: Der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsaussenminister sind gegenwärtig nicht in Berlin. (Zuruf des Abg. Höllein (Komm.): Die haben sich gedrückt!) Ich bin aber davon überzeugt, daß der Reichskanzler bereit ist, mit den Fraktionen in den nächsten Tagen Rücksprache zu nehmen. Die Antwortnote wird nicht beschloffen werden, bevor diese Fühlungnahme stattgefunden hat.

Das Haus lehnt dann gegen die Stimmen der Bälkischen, Sozialdemokraten und Kommunisten den Antrag ab, am nächsten Montag die außenpolitische Debatte stattfinden zu lassen. Die Entscheidung über diese Debatte wird erst nach den angekündigten Erklärungen des Reichskanzlers stattfinden. — Der Ablehnung der Debatte gegen die gleichen Stimmen noch, mit Einschluß der Demokraten, der Antrag Hennig (Wölk.), keinesfalls die Note über den Sicherheitspakt abzulehnen, bevor die Aussprache im Reichstage stattgefunden hat. — Unter Ablehnung aller anderen Anträge beschloß das Haus, die nächste Sitzung erst am Mittwoch stattfinden zu lassen.

Dann wendet sich das Haus der ersten Beratung des Gesetzentwurfes über den Ausbau der Angestelltenversicherung zu, der vom Reichsarbeitsminister Brauns dem Hause zur Annahme empfohlen wird. Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um ein Drittel, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um ein Drittel vor.

Abg. Aufhäuser (Soz.):

Seit 1924 haben wir zwar eine Stabilisierung der Währung, aber wir sehen noch keinen Aufbau der Sozialpolitik. Die Regierung läßt die sozialen Notstände immer an sich herantommen und sucht die kleineren Uebel durch kleine Vorlagen zu beseitigen, statt nach einem großzügigen Sozialprogramm zu arbeiten. Sobald es sich um die Interessen der Agrarier und Industriellen handelt, sehen wir eine außerordentliche Aktivität der Regierung, gegenüber der Lage der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Sozialrentner zeigt die Regierung dagegen eine unerhörte Passivität. Auch der uns jetzt vorliegende Gesetzentwurf zeigt, daß von der bei der Hindenburgwahl versprochenen „Rechtung“ nichts verwirklicht wird. Die Vorlage stiftet nur ein wenig an der Angestelltenversicherung

herum, sie bringt keine wesentliche Verbesserung. Was für sie angeführt wird, ist keine Begründung für die Erhöhung der Beiträge um ein Drittel. Die sozialdemokratische Fraktion hat nun einen Antrag gestellt, nach dem mit sofortiger Wirkung eine Erhöhung der Renten aus der Invalidenversicherung um monatlich mindestens 10 Mark für den Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Waisenrente und um monatlich mindestens 5 Mark für den Empfänger einer Waisenrente erfolgen soll. Die Mittel dafür sind in erster Linie durch Reichszuschuß zu decken und nur der dann noch etwa verbleibende Fehlbetrag durch Erhöhung der Beiträge. Die Regierung hat versprochen, daß sie diesem Antrage im Herbst entgegenkommen wolle, die Sozialdemokraten werden aber nicht bis dahin warten. Auch bei dieser Vorlage sehen wir, daß die Regierung die Einnahmen erhöhen will, indem sie die Lasten auf die schwächsten Schultern zu legen sucht. Wer das Elend unter den Angestellten kennt, der wird sich dagegen wenden müssen, daß ihre Beitragslast in unerträglicher Weise gesteigert wird. Für die Arbeitsweise der Regierung ist kennzeichnend, daß ursprünglich die Angestellten und Lehrlinge mit einem Einkommen von unter 25 Mark monatlich von der Beitragszahlung befreit waren. Selbst diese bescheidene Verbesserung glaubte das soziale Gewissen des Reichsrats nicht tragen zu können, er hat diesen Angestellten noch die Hälfte der Beiträge aufgebürdet. Uns ist die Grenze von 25 Mark noch zu gering, wir verlangen eine wesentliche Erhöhung der Grenze für die Beitragsbefreiung. Wenn die Unternehmer über die schweren sozialen Lasten klagen, die im übrigen gar nicht so hoch sind, wie sie es immer darstellen, so muß man doch auf der anderen Seite berücksichtigen, daß der Nominallohn der Arbeiter und Angestellten nicht höher, der Reallohn geringer ist, als vor dem Kriege, dagegen müssen sie höhere Beiträge zahlen. (Sehr richtig b. b. Soz.) Wo bleibt der Aufbau in der Versicherung in Bezug auf das Heilverfahren? Es ist noch immer der Willkür der Instanzen ausgeliefert. Wir verlangen, daß es obligatorisch ausgestaltet wird und auch bei der Invalidenversicherung das gleiche Obligatorium geschaffen wird. Wir verlangen weiter die Regelung der Sonderversicherung für solche Angestellte, die vorher als Arbeiter tätig waren. Es gibt fast einen ganzen Beruf, den der deutsche Werkmeister, die wie in der Textilindustrie, in der Metallindustrie aus Arbeiterkreisen hervorgegangen sind, und bei denen die Angestelltenversicherung auf ihre frühere Beitragszahlung keine Rücksicht nimmt. Verhandlungen und Erwägungen genügen jetzt nicht mehr, wir müssen endlich Anträge, nicht nur die Beiträge zu erhöhen, sondern auch organische Verbesserungen an der Angestelltenversicherung vornehmen. Die Angestelltenvereinigungen haben nicht ohne Erfolg für bessere Verhältnisse in der Verwendung der Versicherungsgelder im Geldverkehr und Kreditwesen der Versicherungsanstalten gefordert. Wir hoffen, daß hierin die Gesundung fortgeschritten. Dabei muß auch ein Wort über die Verfassung der Angestelltenversicherung gesprochen werden. Wir brauchen hier die Selbstverwaltung, vor allem kürzere Fristen für die Wahlen, zum mindesten die vierjährige Wahlfrist, wie sie schon in anderen Zweigen der Sozialversicherung besteht. Für die oberen Kreise haben Wahlen überhaupt noch nicht stattgefunden, trotzdem die Koeweise schon im Jahre 1924 verabschiedet worden ist. Die letzte Wahl ist von Vertrauensmännern vorgenommen worden, die unter ganz anderen Voraussetzungen gewählt worden waren. (Hört! hört!) Wir ersuchen das Reichsarbeitsministerium möglichst noch in diesem Jahre den Zeitpunkt für die Neuwahl anzufetzen, dann aber auch in einer Form, die das doppelte indirekte System beseitigt. Wir können uns nicht damit begnügen, daß einige Paragraphen verbessert werden, sondern wir verlangen in der Angestelltenversicherung ganze Arbeit. Die Stabilisierung der Wirtschaft, die seit 1924 versucht wird, muß auch endlich in der Sozialgesetzgebung festen Fuß fassen. In dieser Linie werden wir im Ausschuss arbeiten und durch eine Verbesserung der Vorlage einen wirklichen Ausbau der Angestelltenversicherung zu erreichen suchen. (Lebhafter Beifall b. b. Soz.)

Abg. Torgler (Komm.) kann in der Vorlage auch keinen Fortschritt für die Angestellten sehen. — Abg. Eichhorn (Komm.) beantragt die Vertagung. — Abg. Höllein (Komm.) bezeugt die Belackungsfähigkeit des Hauses. Der Entwurf über die Angestelltenversicherung wird dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. — Das Bureau ist sich einig, daß das Haus beschlußfähig ist. Die Sitzung wird daher um 1/5 Uhr auf Mittwoch 2 1/2 Uhr vertagt.

Zur Pachtzuschußordnung.

Die Pachtzuschußordnung datiert vom Juni 1920. Sie erhielt durch eine Verordnung der Reichsregierung im Februar 1924, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erfolgte, eine Veränderung zugunsten der Pächter. Das Gesetz wäre im September d. J. abgelaufen. Deshalb beantragte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, den Pachtzuschuß zu verlängern. Bei dieser Gelegenheit wurde versucht, jene Bestimmungen, die nur im Sinne der Pächter lagen, zu beseitigen und außerdem noch einige Verbesserungen zugunsten der Pächter zu schaffen.

Die sozialdemokratischen Anträge forderten: erstens eine unbefristete Verlängerung des Gesetzes, zweitens Streichung des Satzes im Feuerlingsparagrafen. Dieser lautet: Liegt ein wichtiger Grund von fristloser Kündigung des Arbeitsverhältnisses vor, so darf von der Befugnis, einen solchen Vertrag zu verlängern oder seine Kündigung für unwirksam zu erklären, kein Gebrauch gemacht werden.

In dem Gesetz waren Pachteinigungsämter geschaffen worden, die die Regelung der Pachtverträge zu ordnen hatten. So sollten alle Pachtverträge, die vor dem Juni 1920 eingegangen waren, automatisch ihre Verlängerung finden. Die Rechtsparteien wollten die Pachtzuschußordnung überhaupt beseitigen. Der Antrag der Sozialdemokratie auf unbefristete Verlängerung wurde zunächst im Ausschuss und dann im Plenum abgelehnt. Bei der Beratung des Antrages auf Streichung des Feuerlingsparagrafen stimmte das Zentrum im Ausschuss zunächst dafür, brachte im Plenum aber einen neuen Antrag ein, den Paragrafen aufrechtzuerhalten, was auch beschlossen wurde.

Die Sozialdemokratie hatte weiterhin beantragt, daß die Einschränkung, wonach Pachtverträge, die seit dem 1. März 1924 abgeschlossen worden sind, nicht mehr unter die Bestimmungen der Pachtzuschußordnung fallen sollten, gestrichen werde. Nachdem im Ausschuss dieser Antrag abgelehnt wurde, wurde auf sozialdemokratische Initiative wenigstens die Bestimmung getroffen, daß diese Einschränkung für Pachtungen unter zehn Hektar aufgehoben wurde. Im übrigen waren in der Ausschussberatung nur kleinere unwesentliche Änderungen an den bestehenden Vorschriften getroffen worden.

Nachdem bei der zweiten Beratung der Pachtzuschußordnung die sozialdemokratischen Verbesserungen beseitigt wurden, kam es einzig darauf an, die Verlängerung des im Herbst ablaufenden Gesetzes irgendwie zu regeln. Die Verlängerung wurde auf zwei Jahre beschlossen.

Somit hatten die Koalitionsparteien nur noch einige Verschlechterungen in das Gesetz hineinzubringen gewußt. Zur dritten Beratung wurden von den vereinigten Koalitionsparteien noch eine weitere Reihe von Anträgen gestellt, die die Geltung der Pacht-

Durchbruch der französischen Marokko-Front.

Fez bedroht.

Abfall der franzosenfreundlichen Stämme.

SPD. Paris, 6. Juli (Radio). Ein amtlicher Bericht des Kriegeministeriums, dessen Zweck es ist, die öffentliche Meinung des Landes zu beruhigen, beschäftigt den außerordentlich bedrohlichen Charakter, den die militärische Lage in Marokko für Frankreich angenommen hat. Es geht daraus u. a. hervor, daß die Stämme der Gegend von Tago, deren Abfall schon seit mehreren Tagen befürchtet wurde, nunmehr endgültig zu den Rifleuten übergegangen sind. Der Bericht besagt, daß der unter dem Druck des Gegners erfolgte Abfall mehrerer bisher treu gebliebener Stämme in der Front der Franzosen eine Breche verursacht habe, durch die die feindlichen Streitkräfte durchgebrochen seien, um die regulären französischen Truppen anzugreifen. Diese seien im Begriff, neue Stellungen zu beziehen, um die feindlichen Angriffe abzuwehren zu können. Die Öffentlichkeit dürfte sich durch die im Kolonialkrieg unvermeidlichen Rückschläge nicht beunruhigen lassen. Man dürfe nicht vergessen, daß die gegenwärtigen militärischen Operationen in Marokko auf Schwierigkeiten stießen, die sich sehr erheblich von denen der früheren Operationen in diesem Lande, auch von denen eines europäischen Krieges unterscheiden. Der Gegner sei weit besser bewaffnet als vor zehn Jahren und seine Angriffe verteilten sich über eine sehr ausgedehnte Front, wobei er sehr geschickt das Gelände und die modernen Kampfmittel benutze.

Die Regierung wird heute vormittag zu einem außerordentlichen Ministerrat zusammentreten, um sich mit der kritischen Lage in Marokko zu befassen. Zweck der Beratung soll sein, einen Oberbefehlshaber für Marokko zu ernennen. Dafür soll der bisherige Oberkommandierende der Rheinarmer, General Guillaumat, in Aussicht genommen sein.

WPA. Paris, 5. Juli. In einer vom Journal des Debats veröffentlichten Meldung aus Fez heißt es über das Verhalten verschiedener Stämme: Die militärische Lage beginnt in der Umgebung von Fez ziemlich schlecht zu werden. Die Stämme, die uns treu geblieben sind, lassen Zeichen von Ermüdung erkennen. Die Francs namentlich, die wieder auf unserer Seite gekämpft haben, schwanken. Der größte Teil ihres Gebietes ist von den Feinden besetzt, die damit auch in unsere Linien eingedrungen sind. Der größte Teil dieses Stammes hat unserem Generalstab mitgeteilt, daß man nicht mehr auf sie zählen könne. Die muslimanischen Behörden haben erklärt, daß sie nicht mehr für die bis jetzt treugebliebenen Stämme bürgen können, falls nicht eine rasch durchgeführte Offensive das verlorene Gebiet wieder befreie. Der Bericht schließt: Die Lage wird immer ernstlicher und die Bedrohung von Fez ist alles andere als eine Fabel.

Die Nachrichten aus Marokko lauten außerordentlich ungünstig. Nach einem Bericht der Radio-Agentur sind weitere Stämme, die bisher noch auf Seiten der Franzosen standen, zu Abd el Krim übergetreten. Die noch treuen Eingeborenen zeigen eine große Müdigkeit und Unentschlossenheit. Das französische Oberkommando wird von den Eingeborenen verächtlich, seine Versprechen nicht gehalten zu haben, daß die von Abd el Krim besetzten Gebiete rechtzeitig zurückerobert würden, damit die Erntearbeiten noch beendet werden könnten. Statt des angelegten Vormarsches seien die französischen Truppen immer weiter zurückgegangen.

Die für gestern anberaumte Vollziehung der französisch-spanischen Marokkokonferenz ist vertagt worden. Ein spanischer Delegierter erklärte, daß diese Vertagung dadurch veranlaßt worden sei, daß man noch einige unerlässliche Erfindigungen in Tetuan und Melilla einziehen müsse. Diese kleine Verzögerung würde jedoch auf die für die Konferenz vorgesehene Dauer keinen besonderen Einfluß ausüben.

Schuldbestimmung einschränken sollten und ihre Wirkung fast illusorisch gemacht hätten. Diese Anträge sind bei der endgültigen Entscheidung über das Gesetz, obwohl die überwiegende Mehrheit des Zentrums für sie stimmte, abgelehnt worden.

Das Gesetz vom Februar 1924 wird zufolge der Abstimmungen im großen und ganzen bestehen bleiben. Insofern Änderungen zumgunsten der Pächter und Feuerlinge getroffen worden sind, sind sie ausschließlich durch die vereinigten Rechtsparteien bewirkt worden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die überhaupt erst die Initiative zur Verlängerung des Gesetzeswurfs ergriffen hatte, war die einzige Partei, die sich für die Interessen der kleinen Pächter verwandte. Die Sozialdemokratie weiß, daß die ökonomische Entwicklung zur Kapitalisierung der Landwirtschaft, zur Bormachtstellung der Großbetriebe führt. Die kleinen Pächter bilden dabei das gleiche Zwitwerglein, wie in Industrie und Handel der Mittelstand. Aber die Sozialdemokratie wird nie und nimmer ihre Hand dazu bieten, aus dieser Erkenntnis heraus sich zum Träger der großagrarischen Bedürfnisse machen zu lassen. So nebenbei diese Gesetzesberatung erscheinen mag, so erwies sich auch hier die Realität der gesellschaftlichen Wirklichkeit härter als alle illusionären Volksgemeinschaftskomplexe. Das Zentrum glückte unter dem Druck seines großagrarischen Flügels mit stehenden Fühen ins Lager der Reaktion.

Sobald die Abstimmungslisten über die gestrige Beratung vorliegen, werden wir dies näher berichten.

Bürgermeisterwahlen in Thüringen.

In verschiedenen Städten und Gemeinden Thüringens fanden in letzter Zeit Bürgermeisterwahlen statt. Dabei gelang es den Sozialdemokraten, ihre Kandidaten in Sonneberg, Alstedt, Eisenberg und mehreren kleineren Gemeinden durchzubringen. Ein von den bürgerlichen Stadtverordneten Sonnebergs gegen die Wahl des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Krauer zum Bürgermeister von Sonneberg erhobener Einspruch ist von der Regierung als unbegründet zurückgewiesen worden.

Faschistischer Kollater.

Wie erst jetzt bekannt wird, ereignete sich am 29. Juni bei Bolla im Kanton Tessin ein erster italienisch-schweizerischer Grenzzwischenfall. Bewaffnete Faschisten überschritten die Schweizer Grenze und überfielen einen jungen Schweizer Touristen, den sie schwer mißhandelten, weil er eine rote Krawatte trug, die angeblich auf sie provozierend wirkte. Die Schweizer Grenztruppe konnte einen der Faschisten entmannen, die andern entkamen, nachdem sie noch auf die Schweizer Grenzbeamten geschossen hatten.

8. Verbandstag der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen.

SPD. Der Verbandstag der Graphischen Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen legte am Mittwoch die Aussprache über die Tarife und Lohnpolitik des Verbandes fort. Sie wurde im allgemeinen intern behandelt, damit die Taktik des Verbandes in kommenden Kämpfen nicht durchkreuzt werden kann. Es kam zum Ausdruck, daß die Verhältnisse, wie sie durch den Reichstarif im Buchdruckgewerbe geschaffen wurden, als erträglich anzusehen sind, obwohl versucht werden müsse, auf manchen Gebieten noch wesentliche Verbesserungen durchzusetzen. U. a. wurde auch ausführlich über das Verhältnis des Hilfspersonal zur gelehrten Arbeiterschaft, im besonderen soweit es sich um das Steindruckgewerbe handelt, gesprochen. Ferner wurde die Ferienfrage lebhaft erörtert. Allgemein erkannten die Diskussionsredner die vom Verbandsvorstand eingeschlagene Taktik als richtig an. Einstimmig gelangte folgende Entschließung zur Annahme: „Der 8. Verbandstag in Hamburg ist mit der Tarifpolitik, die der Verbandsvorstand eingeschlagen hat, einverstanden. Bei den künftigen Verhandlungen über den Neuaufschluß des Reichstarifs für das Buch- und Zeitungsdruckereihilfspersonal ist mit allem Nachdruck auf eine weitere Erhöhung der Prozentsätze bei der Lohnbemessung hinzuwirken und die Beseitigung noch bestehender Ungerechtigkeiten zu erstreben. Insbesondere ist die Unterschiedlichkeit in der Ferienbemessung zwischen Gelehrten und Hilfspersonal zu beseitigen. Im Steindruckgewerbe ist der Kampf um die Schaffung eines Reichstarifs mit allen Mitteln fortzusetzen.“ Weiter wurde zu dem für das Hilfspersonal im Schriftgießergewerbe ausgedehnten Lohnkonflikt nachstehende Ent-

schließung angenommen: „Der im Kampf um einen gerechten Lohn stehenden Kollegenkreis im Schriftgießergewerbe drückt der Verbandstag seine volle Sympathie aus. Er erteilt dem Verbandsvorstand den Auftrag, alle Mittel anzuwenden, um den ausgedehnten Kampf zu einem siegreichen Ende zu führen.“

In der Nachmittagsitzung ereignete sich ein kleiner Zwischenfall: Die graphischen Hilfsarbeiter des Verlages der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung“ hatten an den Vorstehenden ein Protestschreiben gerichtet, weil die Leitung des Verbandstages es ablehnte, den Vertreter der kommunistischen Presse zur Berichterstattung zuzulassen. Der 1. Vorstehende, Puchert-Berlin, gab die Erklärung ab, daß sich der Beschluß des Verbandsvorstandes nicht gegen die kommunistischen Mitglieder des Verbandes richte, sondern gegen die kommunistische Berichterstattung, die ihre Aufgabe lediglich darin sehe, die Beschlüsse des Verbandstages und die Politik der Gewerkschaften in verzerrter Darstellung wiederzugeben. Dem Antrage des Vorstehenden entsprechend ging der Verbandstag ohne jede Aussprache über den Protest zur Tagesordnung über.

Bei der Statutenberaufung sprach zunächst der Verbandskassierer über Beitrags- und Unterstützungsfragen. Er brachte zu den vorliegenden etwa 90 Anträgen einen weiteren Antrag über die Beitragsfrage ein, der eine Erhöhung der bisherigen Sätze um 10 bis 40 Pfg. vorschlägt. Weiter schlug er vor, daß bei den Unterstützungsfragen, bei denen die Arbeitslosenunterstützung die Grundlage bildet, im allgemeinen pro Woche der neunfache Beitragssatz gelten soll. Gleichzeitig ist beabsichtigt, die während der Inflationszeit fallengelassene Krankenunterstützung wieder aufzunehmen. Sie soll nach den Vorschlägen des Verbandsvorstandes die Hälfte der jeweiligen Arbeitslosenunterstützung betragen, während für die Streikunterstützung der doppelte Arbeitslosenunterstützungssatz in Aussicht genommen ist. Die Aussprache über das Referat des Hauptkassierers füllte den Rest der Mittwochsitzung aus.

Am vierten Verhandlungstag wurde die Aussprache über die materiellen Anträge zur Statutenänderung fortgesetzt. Eine Anzahl Redner aus Berlin, München, Leipzig, Dresden, Breslau, Köln usw. nahmen mehr oder weniger gegen die Anträge des Verbandsvorstandes zur Beitragsfrage Stellung, indem sie sie als zu weitgehend und untagbar bezeichneten. Demgegenüber erklärte Sabath vom Vorstand des ADGB, daß der Graphischen Hilfsarbeiter-Verband in den letzten Jahren wohl einige Kämpfe ausfechten mußte, die schärften Kämpfe aber noch bevorstünden. Unterstützungsentscheidungen bezeichnete der Vertreter des ADGB, zwar nicht als Selbstzweck der Gewerkschaften, aber als Mittel zum Zweck seien auch sie notwendig.

Küster nahm als Vertreter des Buchbinderverbandes eine ähnliche Stellung ein. Horstke vom Verbandsvorstand wies darauf hin, daß man bei früheren Gelegenheiten habe Bewegungen zurückhalten müssen, weil nicht genügend Mittel vorhanden waren. Das sei ein Zustand, der bei allem ein bitteres Gefühl auslöse. Solch peinliche Vorkommnisse müßten durch eine Stärkung der Verbandskasse vermieden werden. In seinem Schlußwort wies dann der Hauptkassierer Lodaß darauf hin, daß es verfehlt und kurzichtig sei, finanzielle Mittel durch Extrabeiträge aufzubringen, wenn ein Kampf ausgebrochen ist. Schließlich erkannte der Verbandstag einstimmig an, daß eine Erhöhung der Beiträge stattfinden muß. Mit 36 gegen 27 Stimmen erklärte man sich für eine Gruppeneinteilung der Beitragssätze und gegen eine Staffelung nach den Löhnen. Einstimmig wurde ferner eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung vorgenommen. Mit allen gegen 8 Stimmen sprach sich der Verbandstag für die Wiedereinführung der Krankenunterstützung aus, mit allen gegen 6 Stimmen wurde jedoch die Inaktivitätenunterstützung, gegen 3 Stimmen eine zentrale Sterbeunterstützung abgelehnt. Sämtliche materiellen Anträge wurden daraufhin einer besonderen Statutenkommission zur weiteren Beratung überwiesen.

In der Nachmittagsitzung standen Anträge zur Statutenänderung zur Beratung. Die Anträge des Verbandsvorstandes wurden von Spalhoff-Berlin begründet. Sie betrafen zunächst die parteipolitische und religiöse neutrale Festlegung des Verbandes, ferner die Verweigerung der Aufnahme als Mitglied, wenn einer sich grobe Verstöße nicht nur gegen die Grundzüge des Verbandes, sondern auch gegen die des ADGB, oder des IG B. (Amsterdam) zuzulassen kommen ließ. Ein weiterer Antrag hat den Zweck, die Wahl des Verbandsvorstandes von den Berliner Zahlstellen, die bisher die unbesoldeten Verbandsvorstandsmitglieder wählten, unabhängig zu machen. Den Berliner Zahlstellen soll lediglich noch das Vorschlagsrecht zustehen, die Wahl selbst für den gesamten Verbandsvorstand durch den Verbandstag vorgenommen werden. Ein weiterer Antrag sieht mit Rücksicht auf unliebbare Erfahrungen die Verpflichtung der Zahlstellen für eine ordnungsmäßige Geschäftsführung vor. Marx-Berlin begründete einen Antrag, der die Einrichtung einer eigenen Jugendabteilung des Verbandes fordert, und u. a. auch die Herausgabe einer Jugendbeilage wünscht.



Haselnüsse im Pudding

sind etwas Neuartiges. Der herzhafte Geschmack der unter der Südsonne gereiften Haselnüsse gibt dieser bisher einzigartig dastehenden Puddingart einen eigenen Reiz. Jeder Puddingfreund und Feinschmecker schwört auf diesen

MONDAMIN-FEINKOST-PUDDING

Gewerkschaftsbewegung. Beiratsitzung des deutschen Metallarbeiter- verbandes.

Der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes — etwa 100 Vertreter aus allen Reichsgebieten — tagte am 30. Juni und 1. Juli in München. Genosse Dörmann hielt ein eingehendes Referat über die Arbeiten und Aufgaben des am 30. August in Breslau beginnenden 12. Deutschen Gewerkschaftskongresses. Sowohl der Referent als auch die Diskussionsredner vertraten die Auffassung, daß sich die Gewerkschaften mehr wie bisher mit den Wirtschaftsfragen beschäftigen müssen. Aus diesen und vielen anderen zwingenden Gründen (einheitliche Gewerkschaftsarbeit, Konzentration der Kräfte usw.) wären endlich Industrieverbände notwendig. Schließlich wurde noch der Vorschlag zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gefordert. Einmütig wurden folgende Anträge an den nächsten Gewerkschaftskongress zum Beschluß erhoben:

1. Der 12. Deutsche Gewerkschaftskongress beauftragt in der Organisationsfrage erneut die vom Leipziger Kongress zum Beschluß erhabene Enquete-Kommission, Paepow, Hüsemann, Träger, Faulstich, Thomas, Krause, Montner, Simon, Schrader und Schumann, die eine Aenderung der bisherigen Gewerkschaftsformen und des damit verbundenen Gewerkschaftsrechtes für notwendig erachtet und die Schaffung einheitlicher Industrieverbände gefordert hat.

Einheitliche Industrieverbände sind das zu erstrebende Ziel. Diefem Zweck soll die Vorlage dienen, die neben allgemeinen Richtlinien einen Organisationsplan für den Aufbau von Industrieverbänden vorlegt. Der 12. Gewerkschaftskongress erkennt diese Vorlage als geeignete Grundlage für die einheitliche Schaffung von Industrieverbänden an, wobei es weiteren Verhandlungen der Organisationsvorarbeiten bleibt, über etwaige Aenderungen im einzelnen eine gegenseitige Verständigung herbeizuführen.

Die Satzungen des ADGB sind im Sinne dieser Entscheidung zu ändern. Der Kongress fordert alle Gewerkschaften auf, den gefassten Beschlüssen zu entsprechen und für alle in der Vorlage vorgesehenen Industrien in absehbarer Zeit, möglichst aber bis zum nächsten ordentlichen Gewerkschaftskongress, Industrieverbände zu verwirklichen.

2. Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeitfrage mit gleichzeitiger Sicherung des Achtstundentages und einer dreifachen Schicht in kontinuierlichen Betrieben ist dringend erforderlich. Die Reichsregierung ist jedoch keineswegs bemüht, die Einbringung einer entsprechenden Gesetzesvorlage zu beschleunigen, sondern ihre Verschleppungspolitik tritt immer deutlicher hervor. Der 12. Deutsche Gewerkschaftskongress beauftragt daher den Bundesvorstand, die Reichsregierung zur baldigen Einbringung einer entsprechenden Gesetzesvorlage aufzufordern. Lehnt die Regierung die Einbringung einer Vorlage innerhalb eines zeitlich befristeten Termins ab, dann ist der im Jahre 1924 vom Ausschuß des ADGB beschlossene Volksentscheid zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durchzuführen. Zu diesem Zweck müssen alle Kräfte der werttätigen Massen in Stadt und Land mobilisiert werden, um durch eine weltumfassende Bewegung dem Volksentscheid einen Erfolg zu sichern.

3. Als Vertreter der in der Eisen und Metalle erzeugenden und verarbeitenden Industrie beschäftigten Arbeiter erhebt der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes schärfsten Einspruch gegen die von der deutschen Regierung dem Reichstag unterbreitete Zolltarifvorlage. Die in dieser Vorlage hervortretenden schutzschädlichen Bestrebungen tragen nicht zu einer Gesundung der Wirtschaft bei, sondern schädigen dieselbe aufs Schwerste. Die Annahme dieser Vorlage bedeutet eine erhebliche Verteuerung der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, drückt das Lebensniveau der breiten Volksmassen weiter herab, mindert deren Kaufkraft und führt damit zu einer weiteren Schwächung des Inlandsmarktes. Die Annahme dieses Schutzolltarifes würde ferner in anderen Ländern Gegenmaßnahmen hervorrufen, unsere Handelsbeziehungen stören, den Absatz deutscher Waren auf dem Weltmarkt erschweren und zu neuen Krisen beitragen.

Der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes ruft die werttätigen Massen zur einmütigen und schärfsten Bekämpfung dieser die deutsche Industrie, die Gesamtwirtschaft und damit das Volk schädigenden Zolltarifvorlage auf. Von der Volksvertretung ist die Ablehnung dieser Vorlage zu verlangen.

Ueber Organisations- und Finanzfragen des DMV berichteten die Genossen Brandes und Schott. Der Verband ist über die schwersten Krisenzeiten hinweg. Die vielen und langandauernden Kämpfe mit dem Unternehmertum haben die Organisation trotz schwerer Belastungsproben sowohl äußerlich als auch innerlich gefestigt. Allein das erste Quartal dieses Jahres brachte eine Mitgliederzunahme von über 50000. Auch das laufende Quartal zeigt weitere Fortschritte.

Streik der Schriftgießer.

Am 26. Juni d. J. lief das bisherige Lohnabkommen für das Deutsche Schriftgießergewerbe ab. Lohnverhandlungen am 17. Juni in Berlin scheiterten an der vollständig ablehnenden Haltung der Unternehmer. Auf Antrag der Unternehmer fand am 23. Juni im Reichsarbeitsministerium ein Einigungs- und Schlichtungsverfahren statt, das zu einem Spruch führte, der das Bestehenbleiben der jetzt geltenden Löhne bis 21. August vorsah. Dieser Spruch wurde von der gesamten Arbeiterschaft im Gewerbe einmütig abgelehnt. Seit Sonnabend, 3. Juli, befindet sich die gesamte Arbeiterschaft im Schriftgießergewerbe im Reich im Ausstande.

Streik der Würzner Bauarbeiter.

Nach dem Scheitern der bestmöglichen Lohnverhandlungen verfolgten die Vertreter der Würzner Bauarbeiter in örtlichen Verhandlungen mit den Unternehmern eine Einigung zu erzielen. Diese lehnten jedoch örtliche Verhandlungen ab. Darauf haben die Würzner Bauarbeiter in einer starkbesetzten Versammlung den Streik beschlossen und am 2. Juli die Arbeit niedergelegt. Zugung von Maurern, Immoern und Bauhilfsarbeitern ist fernzuhalten.

Streik in der Glasperlenindustrie des Fichtelgebirges.

Die Arbeiter der Glasperlen-Industrie des Fichtelgebirges, die ihren Mittelpunkt in dem Kurort Warmensteinach hat, sind wegen Lohnforderungen in den Streik getreten. Die geringen Löhne betragen bisher bei gut qualifizierten Arbeitern nur 18—19 Mark in der Woche. In Warmensteinach besteht auch eine von Arbeitern errichtete und von ihnen selbst betriebene Glasperlen-Genossenschaftshütte, die nicht betroffen wird, da sie höhere Löhne zahlt. Die Arbeiter der Genossenschaftshütte beschließen zusammen mit der Betriebsleitung, alle Perlenmacher der betroffenen Betriebe in die Genossenschaftshütte einzustellen und zu diesem Zweck eine beschränkte Arbeitszeit für alle Beschäftigten einzuführen. Auf diese Weise wird bei durchgehender Arbeitszeit Tag und Nacht jeder Glasperlenmacher in Warmensteinach 12 bis 15 Stunden in der Woche arbeiten können, so daß die streikenden Arbeiter wenigstens einen Mindestverdienst haben. Die Perlenmacher von Warmensteinach, die dieses vorbildliche Beispiel von Solidarität geben, haben nicht nur gewerkschaftlich und genossenschaftlich, sondern auch politisch eine Musterorganisation und besitzen eine sozialistische Gemeindeverwaltung.

Internationaler Eisenbahnerkongress.

SPD. Genf, 2. Juli. Der internationale Eisenbahnerkongress in Beltingona, der am Donnerstag beendet wurde, verlangt in einer Entschließung das uneingeschränkte Koalitionsrecht für die Eisenbahner und fordert hierfür die Vermittlung des Völkerbundes. Außerdem sprach sich der Kongress für die Verstaatlichung der Eisenbahnen und gegen ihre Ueberführung in Privatbetriebe aus. Von sämtlichen Eisenbahnergewerkschaften wird gefordert, daß sie für die Beschränkung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden eintreten, ebenso für die Abschaffung der Überstunden, die nur bei Unglücksfällen oder außergewöhnlichen Umständen zugelassen sind. Ein Unterschied zwischen sogenannter Bereitschaft und wirklicher Arbeitszeit soll wegfallen. Schließlich trat der Kongress für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens ein.

Lohnbewegung der Buchhandlungs-Markthelfer. Die Lohnbewegung ist beendet. Die neuen Lohnsätze, die bis zum 31. 10. 25 Geltung haben, können im Bureau gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches entnommen werden.

Die Betriebsratswahlen bei der Reichspost haben dem Deutschen Verkehrsband einen schönen Erfolg gebracht. Von den abgegebenen Stimmen entfielen auf den Verkehrsband 34302, auf die Christlich-deutsche Postgewerkschaft 7605. Danach wird die freigewerkschaftliche Organisation im Zentralbetriebsrat der Reichspost 10 und die Christlich-deutsche Postgewerkschaft nur einen Vertreter haben.

Streik der Dresdner Brauereiarbeiter. Am Donnerstag haben sämtliche Arbeitnehmer der Dresdner Verbandsbrauereien die Arbeit niedergelegt. Auf dem Verhandlungswege war weder eine Regelung der Arbeitszeit noch ein Entgegenkommen über den Mantelvertrag zu erreichen gewesen. Es sind etwa 1300 Arbeitnehmer beteiligt.

Der Kampfwille der französischen Bergarbeiter. Der Kongress der französischen Bergarbeiter in Carmaux hat in seiner Schlußsitzung eine Entschließung gefaßt, daß am 27. Juli auf sämtlichen Zechen die Arbeit niedergelegt werden soll, wenn nicht bis dahin

die kürzlich trotz steigender Teuerung von den Bergwerksgehilfen herabgeleitete Löhne in ihrer früheren Höhe wiederhergestellt sind.

15. ordentlicher Verbandstag der Fabrikarbeiter.

Am Sonntag abend wurde im Volkshaus zu Leipzig der 15. ordentliche Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter eröffnet. Eingeleitet wurde die Eröffnung durch zwei Lieder, die durch Mitglieder der Sängerkabine L. West zu Gehör gebracht wurden. Im Auftrage der Zahlstelle Leipzig begrüßte Genosse Schumann den Verbandstag. Genosse Schilling im Auftrage des Leipziger Ortsausschusses des ADGB, und Stadtrat Genosse Dieckel namens des Rates der Stadt Leipzig begrüßten den Verbandstag und wünschten ihm zu seinen Arbeiten vollen Erfolg.

Hierauf nimmt der Verbandsvorsitzende Genosse Brennhannover das Wort. Bevor er den Verbandstag eröffnet, fühlte er sich verpflichtet, den Sängern, sowie den verschiedenen Vertretern für ihre dargebrachten Wünsche zu danken. Als der Verbandstag das 15. Mal in Leipzig tagte, betrug die Zahl der Mitglieder 98 600, jetzt blüht der Verband auf die stattliche Zahl von 325 600. Was dieser Aufstieg bedeutet, weiß jeder, der die Kämpfe der Arbeiterschaft kennt. Aber noch immer lasten auf der Arbeiterklasse der Druck der Wirtschaftskrisen und die Spuren der Inflation. Besonders Schwers hatte die Leipziger Arbeiterschaft zu bulden, als vor fünf Jahren irreführende Panatiker das Heim der Arbeiter zerstörten. Herzlicher denn je ist ein neues Heim aus den Trümmern entstanden. Leipzig ist die Stätte der Arbeit, auch wenn sie in politischer Beziehung nicht immer unsere Meinung und Zustimmung findet. Aber im Kampfe um die Befreiung der Arbeiterklasse hat Leipzig stets seine Schuldigkeit getan. Während der Genosse Bren der Toten gedenkt, erheben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Damit ist der Verbandstag eröffnet.

Als Vorsitzende für den Verbandstag werden die Genossen Brennhannover und Schumann Leipzig gewählt. Nach Erledigung der Geschäftsordnung und einiger geschäftlicher Angelegenheiten, wurden die Verhandlungen auf Montag vertagt.

II. Verhandlungstag.

Leipzig, 6. Juli.

Die Verhandlung beginnt mit der Begrüßungsansprache des Genossen Kraher Wien im Namen der Fabrikarbeiter Oesterreichs. Wenn schon gesagt worden ist, daß Oesterreich zu Deutschland gehört, ist das richtig. Aber in der Zeit des Zusammenbruchs war es nicht möglich, den endlichen Zusammenschluß mit Deutschland herbeizuführen. Mit dem Zusammenbruch war nicht die Reaktion so zusammen, wie es wünschenswert gewesen sei. Mit banger Sorge mußten sie über ihre Organisation wachen. Die Reaktion hatte sich noch soviel Kraft bewahrt, zu versuchen, den Achtstundentag der Arbeiterschaft vorübergehend wieder zu entreißen. Aber immer war die österreichische Arbeiterschaft von dem Zusammenschluß mit Deutschland belebt. Wohl ist es trotz der politischen Einschränkung möglich gewesen, 85 Prozent der Industriearbeiterschaft in seinen Organisationen zu vereinigen. Die Organisation der österreichischen Arbeiter ist gut, aber es hat nicht an Versuchen gefehlt, die Organisation zu sprengen. Es war aber möglich, die Organisation zu erhalten. Möglich war es trotz aller Schwierigkeiten, einen Reichstaxi in der Papierindustrie zu schaffen. Die Papierindustriearbeiter waren die schlechtestbezahltesten und unter den schlechtesten Arbeitsverhältnissen Arbeitenden. Auch in bezug auf die Betriebsräte sind in Oesterreich die besten Erfahrungen gemacht worden. Das Unternehmertum wendet aber immer noch alle Mittel an, um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Produktionsprozeß zu beseitigen. Wenn einmal die Grenzspähle fallen, wird es möglich sein, gemeinsam mit dem deutschen Arbeiter alles das zu erreichen, was die Reaktion der Arbeiterschaft zu entreißen sucht. Die Frage der Bildung von Industrieorganisationen beschäftigt auch die österreichische Arbeiterschaft. In der Ueberzeugung, daß eine geschlossene Arbeiterschaft das beste Bollwerk gegen die Machtbestrebungen des Unternehmertums sind.

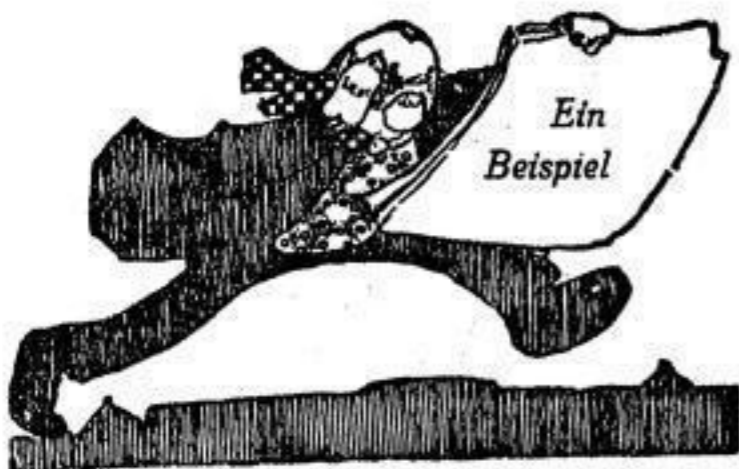
Für die tschechischen Fabrikarbeiter übermittelt der Genosse John die herzlichsten Glückwünsche. Seine Ausführungen decken sich im wesentlichen mit den des Genossen Kraher. Für die tschechische Arbeiterschaft sei der Achtstundentag und damit die Frage des Arbeitszeitgesetzes von größter Bedeutung. Genosse John spricht gleichzeitig im Namen der dänischen, schwedischen und holländischen Delegation die herzlichsten Wünsche in den Worten aus, daß der deutsche Bruderverband wieder an erster Stelle marschieren möge im Interesse der Fabrikarbeiterinternationale.

Darauf wird in Punkt 2 der Tagesordnung, Berichtersatitzung, eingetreten.

Soeben eingetroffen:

JEDER EILT, um
die Gelegenheit auszunutzen!

2 Waggons



Die Preise verstehen sich
inkl. Gummiring u. Bügel

Konserven-Gläser

Ia. weiße mundgeblasene Ware

	1/2	3/4	1	1 1/2	2 Liter
Hohe Form . .	52	56	60	68	72 Pfg. per Stück
Breite Form . .	58	62	68	72	76 Pfg. per Stück

Konsum-Verein Leipzig-Plagwitz

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 6. Juli.

Schützt die Säuglinge!

Dem Hygieneblatt der Reichsanstalt zur Bekämpfung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit entnehmen wir: Mütter! Der größte Feind eurer Kleinen ist der Sommer mit seiner großen Hitze! Unter den Lebensmitteln verdirbt am leichtesten die Tiermilch. Seht nie im Sommer ab, sondern ernährt eure Kinder an der Brust; denn

Brustmilch verdirbt nicht.

Gebt euren Kindern alle vier Stunden, d. h. fünfmal des Tages, abwechselnd die rechte und linke Brust und laßt ihnen nachts die Ruhe.

Frischennahrung dürft ihr nur auf Anordnung und unter Aufsicht des Arztes geben: ihr müßt dann besonders genau und sauber damit sein. Ihr müßt die Flasche nach jeder Mahlzeit sofort mit Wasser füllen und sie mit einer Flaschenbürste und mit etwas Salzwasser oder mit heißem Seifenwasser reinigen, mit gekochtem Wasser nachspülen und sie umgekehrt an einen sauberen Ort, möglichst in einen reinen Topf, stellen.

Gebraucht nur Flaschen, auf denen der Inhalt in Zöhlen — 10, 20 bis 200 Gramm (Kubikzentimeter) — abgelesen werden kann (Grammflaschen); denn nur mit solchen könnt ihr die Nahrungsmenge genau bestimmen. Ihr müßt den Sauger nach jedem Gebrauch mit Salzwasser gründlich reinigen und in laubereim, zugebodem Gefäß aufbewahren. Verboten ist, die Flaschenauger als Schnuller zu benutzen!

Hütet die Kuhmilch vor Verderbnis!

Verboten sind Milchflaschen mit Glasröhren oder Gummischläuchen, ebenso der Zuderischnuller! Fragt möglichst den Arzt oder in der Fürsorgestelle, woher ihr die Milch beziehen sollt. Ihr dürft die Milch nicht ungekocht herumtragen lassen, sondern müßt sie sofort drei Minuten lang in einem reinen Topf kochen, schnell abkühlen, indem ihr den Topf, mit einem Deckel versehen, in kaltes Wasser setzt und dieses häufig erneuert. Ihr dürft die Milch nach dem Kochen nicht in andre Töpfe gießen, sondern müßt sie so lange in dem kühl aufbewahren Topf lassen, bis ihr sie unmittelbar vor dem Gebrauch in vorgeschriebener Menge in die Flasche füllt. Auch der etwa verwendete Hahnerschleim müßt gleich nach dem Kochen in einem zugebodem Topf abgeköpft und dann kühlgestellt werden.

Die beste Kühlvorrichtung ist Eisstrank oder Kühltische, in die die Nahrung aber erst gestellt werden darf, wenn sie bereits abgekühlt ist.

Wer nicht in der Lage ist, sich einen Eisstrank anzuschaffen, kann sich mit geringen Mitteln eine Kühltische herstellen. Man nimmt eine Holzstift, deren Deckel man mit Schmirgeln an der Ritze befestigt und mit einem Schloß verriegelt, bestreut den Boden mit Sägespänen, legt zwei Eimer von verschiedener Größe ineinander hinein und füllt sie bis zum oberen Rande des größeren Eimers mit Sägespänen nach. In den kleineren Eimer werden die Gefäße mit Nahrung, umgeben von einigen Eiswürfeln, gesetzt und mit dem Deckel des Eimers zugebodem. Der Deckel der Ritze, der gut schließen kann, wird mit einigen Lagen Zeitungspapier befestigt.

Achtet auf die Vorschriften des Arztes.

Ihr müßt beim Flaschenkunde besonders die Vorschriften des Arztes befolgen, niemals öfter als verordnet die Flasche geben. Lieber weniger Nahrung in der heißen Zeit geben als zuviel. Treißt durchfall ein, so laßt die Milch fort, gebt Tee oder Schleim (Fenchel, Lindenblüten, Pfefferminz, einfachen Tee) ohne Milch, aber nicht länger als zwölf Stunden, bis ein Arzt zu erteilen ist. In der heißen Jahreszeit hat der Säugling wie der Erwachsene Durst. Gebt ihm dann — er zeigt seinen Durst durch große Unruhe — abgekochtes Wasser oder dünnen Tee, möglichst ohne Zucker.

Kühlt eure Wohnung!

Zu warmes Einpacken oder ein überhitzter Raum machen den Säugling krank, daher fort mit den dicken Wickelstücken, weg mit der Gummiumhüllung! Ihr könnt im Sommer euer Kleines fast nackt im Bettchen oder Korb strampeln lassen, eine leichte, dünne Decke genügt zum Zudecken! Ihr müßt eure Kinder vor den sie quälenden Fliegen schützen, indem ihr einen leichten Schleier über Bettchen oder Korb legt.

Das größte und kühlste, bestgelüftete Zimmer eurer Wohnung ist für eure Kind am geeignetsten. Dieses Zimmer könnt ihr noch kühler machen, wenn ihr die Fensterläden recht oft mit möglichst kühlem Wasser besprengt! Ihr dürft das Kind nicht der heißen, feuchten Küche stehen lassen! Hat eure Wohnung kein kühles, schattiges Plätzchen, so versucht im Hause ein solches ausfindig zu machen; dort stellt euer Kind hin. Kommt ihr auch im Hause kein solches Plätzchen finden, so bringt das Kind möglichst oft an einen schattigen, nicht schweißigen Ort im Freien; auch da darf es hochliegen. Geringe Zugluft schadet euren Kindern im Sommer nichts! Ihr müßt euer Kind im Sommer mindestens einmal täglich baden oder öfters mit kühlem Wasser waschen! Geeignete Nahrung, Sauberkeit und frische Luft sind zum Gedeihen des Kindes unbedingt erforderlich!

Der Kinderfreundelag in Colditz.

Auf dem Leipziger Hauptbahnhof herrschte am Sonntagmorgen reges Leben. Aus allen Stadtteilen trafen jugend die Gruppen der Gemeinschaft Kinderfreunde ein, um unter Benutzung eines Sonderzuges nach dem herrlichen Muldenstädtchen Colditz zu gelangen. Beim Treffen am Bahnhof war die Stimmung ein wenig gedrückt, weil das Wetter nicht gar zu verlockend aussah; der Himmel hatte sich in ein gleichmäßiges Grau gehüllt. Nach einständiger Bahnfahrt zogen die Kinderfreunde bei herrlichem Sonnenschein unter Vorantritt eines Spielmännchens durch die geschmückten Straßen von Colditz. Mit Gesang ging es nach dem Schützenplatz, der als Festplatz zur Verfügung gestellt war. Dort angekommen, entwickelte sich ein fröhliches Leben und Treiben. Genosse Spormann Colditz hieß die Gäste im Auftrag der Colditzer Partei- und Gewerkschaftsorganisationen herzlich willkommen. Der Vor mittag wurde mit Spielen und Musikern verbracht. Mittags bekamen die Kinder gemeinsam warmes Essen, anschließend wurde für Erwachsene Essen verabreicht. Nach dieser Stärkung wanderten im Sonnenschein unter der Führung Colditzer Genossen die einzelnen Gruppen in die herrliche Umgebung. Wieder andere ruderten oder nahmen ein erfrischendes Bad in der Mulde. Gegen 1/2 Uhr sammelten sich die Kinder und ihre Helfer zur Heimfahrt auf dem Schützenplatz. Genosse Wildeis-Leipzig stattete den Colditzer Genossen für ihre Mühe und Aufmerksamkeit im Auftrag der Gemeinschaft Kinderfreunde den Dank ab und wünschte, daß das Bezirksfest auch in Colditz zur Propaganda der Kinderfreunde-Bewegung beigetragen habe. Gegen 6 Uhr verließen die Kinderfreunde mit Musik und Gesang den Schützenplatz. Um 7 Uhr brachte ein Sonderzug die Gemeinschaft wieder nach Leipzig zurück. Es ist zu wünschen, daß diese Veranstaltung, die als gelungen zu bezeichnen ist, wesentlich zur Festigung der Kinderfreunde-

Bolschewistische Gemeindegewirtschaft.

In Leipzig machten die Kommunisten den Versuch, allen Personen unter 3000 Mark Jahreseinkommen die Straßenbahn umsonst zur Verfügung zu stellen. In Rußland ist nach dieser Methode verfahren worden. Der Erfolg war, daß in ganz kurzer Zeit die Kommunalbetriebe zum Stillstand kamen. In die bolschewistische Gemeindegewirtschaft hineinleitet ein Artikel von A. Jugow in der Juninummer der Gemeindegewirtschaft, Monatschrift für Theorie und Praxis der gesamten Gemeindegewirtschaft, Preis, Nr. 82. Wir entnehmen der Arbeit:

In dem Zeitabschnitt der gewalttätigen Durchführung der kommunistischen Utopie vorließ die Gemeindegewirtschaft der allgemeinen Lähmung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Die Gemeindegewirtschaft wurden stillgelegt: Straßenbahnen, Elektrizitäts- und Gaswerke, ja sogar die Wasserwerke hörten auf zu funktionieren. Erst seit 1922, seit der Zeit der „neuen Wirtschaftspolitik“ datiert die Wiedergeburt der Volkswirtschaft und damit auch der kommunalen Unternehmungen. Die Grundlage hierfür wurde im April 1922 durch die Wiedereinführung der Entgeltlichkeit der kommunalen Dienste und durch die Umstellung der städtischen Betriebe auf eine kommerzielle Basis geschaffen. Zu Beginn des Jahres 1923 sind die kommunalen Werke der Großstädte bereits in Gang und arbeiten zufriedenstellend, wenn auch nicht auf dem Ertragsniveau. Wesentlich schlechter ist die Lage der Gemeindegewirtschaft in allen übrigen Orten.

Mit der Auflösung der städtischen Selbstverwaltungsorgane wurden ihre Funktionen von den örtlichen Sowjets übernommen. Der örtliche Sowjet hat aber nicht nur die Aufgaben der früheren Selbstverwaltungsorgane zu erfüllen, er ist zugleich die erste staatliche Behörde. Zur Kompetenz des örtlichen Sowjets gehört Militär, Polizei, Gerichtsbarkeit, Steuerwesen, Bildungswesen, Handel und Industrie usw. Während ursprünglich das Präsidium des Sowjets diese ganze vielgestaltige Arbeit zu leisten hatte, stellte sich bald die Notwendigkeit einer größeren Arbeitsteilung heraus. Besondere Abteilungen der Sowjets wurden ins Leben gerufen; zu ihnen gehört auch die Abteilung für kommunale Wirtschaft, der die städtischen Werke und sonstigen kommunalen Einrichtungen unterstehen. Gedacht sind die örtlichen Sowjets der gemeindegewirtschaftlichen Selbstverwaltung. Sie sollen, das war die Absicht der kommunistischen Gelehrten, autonome Gemeinden mit der größten Machtmöglichkeit und mit erweiterten Befugnissen werden. In Wirklichkeit aber unterscheiden sich die Sowjets und die ihnen untergeordneten Institutionen ihrem Charakter und ihrer Arbeitsweise nach sehr wesentlich von den Organen der kommunalen Selbstverwaltung, wie man sie in West- und Mitteleuropa kennt. . . .

Das Element der öffentlichen Kontrolle und Verantwortlichkeit fehlt in der Tätigkeit der kommunalen Abteilungen der Sowjets, die die Selbstverwaltungsorgane zu ersetzen haben. Die kommunalen Abteilungen sind zentralistisch und bürokratisch organisierte Ämter, die von ernannten Vorstehern geleitet werden. Sie unterstehen dem Sowjet, der die Bestimmungen erläßt, die kommunalen Tarife festsetzt, den Haushaltsplan aufstellt u. a. m. Zum Amtsbereich der kommunalen Abteilungen gehören neben den städtischen Werken und sonstigen kommunalen Einrichtungen die Verwaltung des gesamten Grund und Bodens, sämtlicher Gebäude, aller Geschäftsräume des betreffenden Ortes. Das Volkswirtschaftswesen, die Wohlfahrtseinrichtungen und das Gesundheitswesen sind dagegen ihrer Kompetenz entzogen und werden von anderen Abteilungen des Sowjets verwaltet. Bezeichnend ist, daß in der kommunalpolitischen Sowjetpresse immer häufiger der Gedanke wiederkehrt, daß eine

Bewegung beigetragen hat und daß an dem Landestreffen, das demnächst in Augustsburg stattfindet, noch weit mehr als tausend Kinder mit ihren Eltern und Helfern teilnehmen mögen.

Opfer der Wohnungsnot.

Nach dem Leipziger Tageblatt wurde ein grauenhafter Fund in den Morgenstunden des Sonnabend in der Nähe des Auslieferungsgeländes gemacht. In den Drähten der Starkstromleitung, die vom Elektrizitätswerk Süd der Bahnhalle entlang gespannt sind, wurde die schwer verbrannte Leiche des 43 Jahre alten Kohlenabtragers Alfred Walter Just aufgefunden. Die Feuerwehre mußte den Körper aus der Verdringung lösen. Der Leichnam wurde der Anatomie überwiesen. Just hinterläßt Frau und ein Kind. Ob es sich um Selbstmord oder einen Unfall handelt, steht zur Zeit noch nicht fest. Die Familie Just lebte in recht wenig angenehmen Verhältnissen. Infolge des Wohnungsmangels hatte Frau Just genötigt gesehen, mit ihrem Kinde ein Unterkommen im Obdachloshaus zu suchen. Sie war dort auch aufgenommen worden. Der Mann hatte die Erlaubnis, Frau und Kind bis in den Abend hinein zu besuchen, mußte dann aber das Haus verlassen und sich anderswo ein Unterkommen suchen. Zwischen den Eheleuten bestand ein harmonisches Verhältnis. Am Freitag hatte Just seine Familie besucht und war dann mit einigen Bekannten in eine Gastwirtschaft gegangen, um ein Glas Bier zu trinken. Als man sich trennte, wurden an Just keinerlei Anzeichen von Aufgereiztheit oder Trunkenheit wahrgenommen. Was sich dann weiter abgespielt hat, weiß man nicht. Es wird angenommen, daß Just, der ohne feste Wohnung war, beabsichtigt hat, unter der Brücke, die über die Verbindungsbahnlinie führt, zu schlafen. Es ist möglich, daß der Mann beim Ueberklettern und dem Versuch auf die Bahnanlagen hinabzusteigen, in der Dunkelheit in die Drähte der Starkstromleitung hineingelassen ist, die unter der Brücke hinwegführen. Der Mann hat suchbare Brandwunden an der linken Körperseite erhalten und muß auf der Stelle getötet worden sein.

Wenn diese Angaben wahr sind, so beleuchten sie wieder einmal grell unsere unheilbaren Wohnungsstände. Wenn die Behörden den ersten Willen hätten, die größten Mißstände zu beseitigen, so könnten noch tausende Familien in Leipzig untergebracht werden. Es gibt massenhaft große Wohnungen in Leipzig, die entweder gar nicht oder nur unzulänglich aufgeteilt sind. Es gibt viele größere Wohnungen, die nur ein oder zwei Bewohner haben. Die Behörden wollen aber nicht eingreifen. Und deshalb kommt es zu Katastrophen, in denen Menschen- und Familienglück vernichtet werden.

Das Geschäftchen bei der Straßenbahn.

Das Rubesfährchen hat über unsern Nachweis der geschäftlichen Tätigkeit der Kommunisten im Betriebe der Leipziger Straßenbahn ein großes Geschrei erhoben. Durch unsere letzte Veröffentlichung, „Übertreibe durch D. Herrmann“, ist ja schon der kommunistische Abwehrschwindel bengalisch beleuchtet worden. Dieser brave Arbeitervertreter hat von Anfang an verstanden, sein Geschäftchen zu machen. Kaum zum Vorsitzenden des Betriebsrats gewählt, begann er schon zu handeln. Wer in das Betriebsratsamt immer kam zu Spredhunden oder zu Sitzungen, erhielt von Herrmann Tabak und Zigaretten zum Kauf angeboten. Und da die Spitze mit dem guten Beispiel voranging, wollten die wackeren Kommunisten im Betriebe natürlich auch etwas verdienen. Und so handelte denn in der Werkstätte I in Lindenau der erste KPD-Mann mit Tabak, der andre verfügte seinen Mitarbeitern das Leben mit Schokolade, und ein dritter Moskauerjäger trieb einen

größere rechtliche Unabhängigkeit der kommunalen Abteilungen gegenüber den Sowjets selbst anzustreben und daß der ständige Wechsel der Abteilungsleiter, die irgendwie den Anwillen ihrer Vorgesetzten heraufbeschworen haben, außerordentlich schädlich sei. Bis jetzt ist weder auf dem Wege der Gelehrte noch auf dem der Verwaltung eine klare Abgrenzung der Funktionen zwischen den Sowjets und ihren Abteilungen erfolgt.

Besonders schwierig ist die Finanzlage der Sowjets. Eine besondere Enquete-Kommission stellte neuerdings fest, daß der „Proseß der Zerstückelung der städtischen Wirtschaft, von wenigen Ausnahmen abgesehen, fast nirgends zum Abschluß gekommen sei und die kommunalen Bedürfnisse noch oft auf Kosten einer weiteren Zerstückelung beiriedigt würden“ (Pravda vom 28. März). Die verfügbaren Mittel sind äußerst gering. Sie setzen sich aus drei Hauptgruppen zusammen: Einnahmen aus dem kommunalen Vermögen und den verbenden Betrieben, Steuern, staatliche Zuschüsse. Allorts bilden die steuerlichen Einnahmen die Grundlage der kommunalen Budgets. Das Steueraufkommen zeigt gegenüber der Vorkriegszeit eine sehr erhebliche Zunahme, während die Einnahmen aus dem städtischen Grund und Boden, aus Gebäuden und kommunalen Betrieben stark gesunken sind. Die Gemeinden, die jetzt im Besitze des ganzen Bodens, aller Häuser, Geschäfte und Warenlager sind, beziehen aus der Verwaltung dieses kommunalen Eigentums viel geringere Summen als ehemals die alten Magistrate aus den wenigen im städtischen Besitz befindlichen Gebäuden. Den lächerlich geringen Einnahmen stehen Ausgaben gegenüber. Das illusorische Gut der allgemeinen Kommunalisierung ist zur Hölle für die kommunale Verwaltung geworden.

In manchen Städten sind selbst solche städtischen Unternehmungen nicht defizitär wie Straßenbahnen, Wasserwerke, Kraft und Strom. Die Ursache hiervon liegt in dem hohen Prozentsatz derjenigen, die Anspruch auf Ausnahmetarife haben, fernher in der unwirtschaftlichen Leitung der Unternehmungen. Aus denselben Gründen vermag die Wohnungsmiete nicht einmal die Ausgaben für Instandhaltung und Reparatur der Häuser zu decken.

Die Boranschlagsumme aller örtlichen Budgets der städtischen und ländlichen Gemeinden für 1924/25 beläuft sich auf 650 Millionen Rubel, wobei ein Defizit von 75 Millionen durch einen staatlichen Zuschuß gedeckt wird. Ueber 60 Prozent aller Ausgaben werden aus den Steuereinnahmen gedeckt. Die Steuereinnahmen bestehen aus örtlichen Steuern, die der örtliche Sowjet festzusetzen hat, und aus den Anteilen und Zuschlägen auf die vom Staat aufgelegten Steuern. Von diesen erhalten die örtlichen Sowjets 50 Prozent des Aufkommens an Landwirtschaftssteuern, 100 Prozent Gewerbesteuer, 50 Prozent Vermögens- und Einkommensteuer, 50 Prozent Erbssteuer, Stempelgebühren usw. Ihr eigenes Steuerrecht nutzen die Sowjets bis zur Höchstgrenze aus. Die seltsamsten Steuern werden erfunden. In manchen Orten besteuert man Hochzeiten, das Tragen von Ohrringen, den Kirchenbesuch u. a. m. Die steuerliche Belastung zu Beginn des laufenden Jahres war so hoch, daß Handel und Gewerbe vollkommen gelähmt und die Basis zur heutigen Krise gelegt wurde.

Der ständige Geldmangel veranlaßt die Gemeindegewirtschaft, dem Gedanken einer Heranziehung ausländischen Kapitals näherzutreten. Ein entsprechendes Dekret, daß die Verpachtung kommunaler Betriebe regelt, ist bereits erlassen, und die Vertreter der kommunalen Abteilung des Moskauer Sowjets haben in England, Deutschland und Frankreich langwierige Verhandlungen über die Verpachtung des Untergrundbahnbaus in Moskau geführt. Aus Gründen der allgemeinen politischen Situation ist indes nicht ein einziges Beginnen auf diesem Gebiete verwirklicht worden.

schwunghaften Handel mit Halberstädter Würstchen. Den SPD-Betriebsräten wurde die Geschichte zu bunt, sie stellten im Jahre 1922 beim Gesamtbetriebsrat den Antrag, daß jeder Handel mit Lebensmitteln, Kleidung und Bedarfsartikeln verboten werde. Sie machten sich dadurch bei den selbstbewußten Kapitalbesitzern Moskauer Richtung nicht gerade beliebt, denn beim Geschäftchen hört bekanntlich die Gemütslichkeit auf. Der Antrag wurde aber angenommen, es erschien eine Bekanntmachung, die jeden Handel unterlagte. Sie trug die Unterschrift Otto Herrmanns, der sich aber dadurch in seinem Geschäftchen ebensowenig stören ließ wie seine Freunde im Betriebe, die mit Zustimmung der zwei KPD-Betriebsräte in der Werkstätte I sette weiterhandelten. Sogar Geschäftsleute wurden durch die Portiersperre gelassen und verschafferten in den Pausen ihre Waren.

Da die Kommunisten von den SPD-Genossen immer wieder auf das Verbot hingewiesen wurden, schaffte ihnen in treuer Erfüllung solidarischer Pflichten endlich der Kommunist Alfred Schurig Lust, einmals Mitglied des Arbeitslohnrats und seit einiger Zeit eine besondere Zierde des Leipziger Stadtratskollegiums. Dieser stramme Genossenschaftler bekämpfte nicht etwa als organisiertes Konsumvereinsmitglied den wilden Handel seiner Parteigenossen. Im Gegenteil, er stellte den Antrag, das Verbot des Handels aufzuheben! Wie meist in den Belegschaftsversammlungen, stimmte der größte Teil der Belegschaft nicht ab und mit wenigen Stimmen wurde der Antrag Schurig angenommen.

Nun blühte das Geschäftchen erst richtig. Geschäftsleute aller Art fanden Verbindungen. Mit Kleidung jeder Sorte, mit Zucker, Brot, Holz- und Tuchpantoffeln, so sogar mit Schnaps, wurde ein flotter Handel in diesem städtischen Betriebe getrieben. Im Ausmaß brachte ein besonders Findiger eine 10 bis 15 Liter Schnaps flasche große Steinflasche mit, aus der im Speisesaal der Schnaps literweise verkauft wurde. Alles das mit Duldung des kommunistischen Betriebsrats. Eine Firma machte im Speisesaal einen Verkaufstand mit Tuchen und Stoffen auf und gab ihre Ware gegen Ratenzahlungen ab. Sie hatte aber große Not, ihr Geld herbeizubekommen, und durfte öffentlich im Speisesaal am schwarzen Brett eine Mahnung aushängen und ihren Schuldnern mit der Staatsanwaltschaft drohen. Sie soll 1700 Mk. eingebüßt haben.

Wenig erfreulich für die Barbiete, die in der Sächsischen Arbeiter-Zeitung Anzeigen aufgeben, wird es sein, zu hören, daß die kommunistischen Betriebsräte es zuließen, daß in den Werkstätten auch Haarschneiden und Rasieren vorgenommen wurde.

Alle diese Zustände duldeten, ja förderten die Kommunisten, statt Arbeiterpolitik zu treiben und der Diktation gegenüber die Arbeiterinteressen zu vertreten. Lieber machten sie jede noch so blöde Komitovorstellung mit, und die Direktion und die Werkstättenverwaltung mühten, was sie an ihnen hatten. Sie ließen von Zeit zu Zeit Verbote los, die kaum eine Woge wirkten, dann setzte das Geschäftchen mit frischen Kräften wieder ein und Werkstättenverwaltung und Direktion ließen der kommunistischen Geschäftshuberei wieder freien Lauf.

Nikörbonbons.

Der Gau Leipzig im Reichsverband der Schokoladengeschäftsinhaber schreibt uns: In Nr. 137 vom 16. 6. 25. Ihrer Zeitung haben Sie einen Artikel gebracht, der sich gegen den Verkauf von alkoholfüllten Erzeugnissen der Bonbon- und Schokoladenbranche an Kinder wendet. Wir brauchen Ihnen wohl nicht zu versichern, daß auch wir die schwere Gefahr, die darin liegt, voll erkennen, und daß auch unsere von Ihnen angegriffene Industrie längst bemüht ist, den Verkauf von alkoholfülligen Fabrikaten an Kinder zu verhindern,

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Concours. Heute abend 8 Uhr in der Bibliothek. Volkshochschule 158 Uhr. Vorstand punkt 7 Uhr. Zeit erhalten.

Stammes. Heute abend 8 Uhr, im Restaurant. Stammes. Heute abend 8 Uhr, im Restaurant.

Wichtige Funktionäre. Heute abend 8 Uhr, im Restaurant. Wichtige Funktionäre. Heute abend 8 Uhr, im Restaurant.

Frauen.

Städt. Donnerstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, spricht im Gasthof Stütz (Cafe). Städt. Donnerstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, spricht im Gasthof Stütz.

Städt. Donnerstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, spricht im Gasthof Stütz. Städt. Donnerstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, spricht im Gasthof Stütz.

Städt. Donnerstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, spricht im Gasthof Stütz. Städt. Donnerstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, spricht im Gasthof Stütz.

Arbeiterbildungsinstitut.

Arbeiterbildungsinstitut. Heute abend 8 Uhr, im Restaurant. Arbeiterbildungsinstitut. Heute abend 8 Uhr, im Restaurant.

Mitglieder-Veranstaltungen.

Mitglieder-Veranstaltungen. Heute abend 8 Uhr, im Restaurant. Mitglieder-Veranstaltungen. Heute abend 8 Uhr, im Restaurant.

Unterbezirk Borna.

Unterbezirk Borna. Heute abend 8 Uhr, im Restaurant. Unterbezirk Borna. Heute abend 8 Uhr, im Restaurant.

Unterbezirk Borna. Heute abend 8 Uhr, im Restaurant. Unterbezirk Borna. Heute abend 8 Uhr, im Restaurant.

Indem sie den Packungen ihrer Fabrikate Zettel beilegt, wie Sie einen solchen in der Anlage finden. Indem sie den Packungen ihrer Fabrikate Zettel beilegt, wie Sie einen solchen in der Anlage finden.

Es wäre besser, die Korbbonbons würden gar nicht hergestellt und in den Handel gebracht.

Eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 8. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, statt. Eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 8. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, statt.

Eine Erhebung über die Stellenlosigkeit aller Angestellten findet am 16. Juli 1925 im ganzen Deutschen Reich mittels Fragebogen statt. Eine Erhebung über die Stellenlosigkeit aller Angestellten findet am 16. Juli 1925 im ganzen Deutschen Reich mittels Fragebogen statt.

Obstbauer! Vernichtet die Obstmaße! 1/4 der gesamten Obstmaße war im vergangenen Jahre madig und in diesem Jahre wird es nicht besser werden. Obstbauer! Vernichtet die Obstmaße! 1/4 der gesamten Obstmaße war im vergangenen Jahre madig und in diesem Jahre wird es nicht besser werden.

Die Einwohnerzahl Leipzigs beträgt, wie schon kurz gemeldet, nach der vorläufigen Aufzählung der Listen 660.140. Die Einwohnerzahl Leipzigs beträgt, wie schon kurz gemeldet, nach der vorläufigen Aufzählung der Listen 660.140.

Schulfahrten möglichst zeitig anmelden. Die Reichsbahnverwaltung hat bei den in den Sommermonaten naturgemäß sich häufenden Schulfahrten zu deren glatter Beförderung umfangreiche, vorbereitende Maßnahmen zu treffen. Schulfahrten möglichst zeitig anmelden. Die Reichsbahnverwaltung hat bei den in den Sommermonaten naturgemäß sich häufenden Schulfahrten zu deren glatter Beförderung umfangreiche, vorbereitende Maßnahmen zu treffen.

Zur Freidenkerfeier schreibt uns Genosse Rechtsanwalt Dr. Graf: Am den schlechten Eindruck zu vermeiden, der bei vielen Mitgliedern der Gemeinschaft proletarischer Freidenker durch die von Wolf und Gen. zwecks Erlangung des Postcheckkontos eingeleiteten gerichtlichen Schritte hervorgerufen worden ist, wird das Gerücht ausgeprägt, daß der erste Hauptvorliegende, Genosse Theo Mayer, ein oder 2 Tage nach dem 24. Mai 1925 bei mir gewesen sei und mich um Rat wegen Ergreifung gerichtlicher Schritte gefragt habe. Zur Freidenkerfeier schreibt uns Genosse Rechtsanwalt Dr. Graf: Am den schlechten Eindruck zu vermeiden, der bei vielen Mitgliedern der Gemeinschaft proletarischer Freidenker durch die von Wolf und Gen. zwecks Erlangung des Postcheckkontos eingeleiteten gerichtlichen Schritte hervorgerufen worden ist, wird das Gerücht ausgeprägt, daß der erste Hauptvorliegende, Genosse Theo Mayer, ein oder 2 Tage nach dem 24. Mai 1925 bei mir gewesen sei und mich um Rat wegen Ergreifung gerichtlicher Schritte gefragt habe.

etwas anderes jetzt ausprägen, um ihr Vorgehen dadurch in ein milderes Licht zu rücken, so handeln sie willkürlich unwohl.

Volkshochschule. Die Teilnehmer an der Volkshochschule in Kuerbach im Vogtland werden gebeten, spätestens bis Mittwoch, 8. Juli, ihre Anschrift an das Volkshochschulamt, Neues Rathaus, Zimmer 608, zu senden, damit Maßnahmen zu gemeinsamer Fahrt mit Fahrpreismäßigung getroffen werden können. Volkshochschule. Die Teilnehmer an der Volkshochschule in Kuerbach im Vogtland werden gebeten, spätestens bis Mittwoch, 8. Juli, ihre Anschrift an das Volkshochschulamt, Neues Rathaus, Zimmer 608, zu senden, damit Maßnahmen zu gemeinsamer Fahrt mit Fahrpreismäßigung getroffen werden können.

Sonderzüge mit Fahrpreismäßigung nach der Nordsee. In Halle und Leipzig werden noch Sonderzugarten ausgegeben zu einem Sommer-Sonderzuge am 10. Juli nach Bremen-Norddeich (Leipzig ab 9,15 Uhr, Halle ab 10,08 Uhr abends) und am 13. Juli nach Hamburg (Leipzig ab 11,02 Uhr, Halle ab 11,55 Uhr abends). Sonderzüge mit Fahrpreismäßigung nach der Nordsee. In Halle und Leipzig werden noch Sonderzugarten ausgegeben zu einem Sommer-Sonderzuge am 10. Juli nach Bremen-Norddeich (Leipzig ab 9,15 Uhr, Halle ab 10,08 Uhr abends) und am 13. Juli nach Hamburg (Leipzig ab 11,02 Uhr, Halle ab 11,55 Uhr abends).

Pollzeimeldungen.

Töblich überfahren. In der sehr schmalen Stützerthor-Straße ist am 2. d. M., abends gegen 8 Uhr, wiederum ein Kind durch einen Kraftwagen töblich überfahren worden. Töblich überfahren. In der sehr schmalen Stützerthor-Straße ist am 2. d. M., abends gegen 8 Uhr, wiederum ein Kind durch einen Kraftwagen töblich überfahren worden.

Warnung! Zu verschiedenen Geschäftsenten ist in den letzten Tagen ein unbekannter mit großer Sicherheit aufstretender Mann gekommen, der sich in einigen Fällen als „Gerichtsvollzieher Kroeger“ vorstellte und Geldbeträge erschwindelte. Warnung! Zu verschiedenen Geschäftsenten ist in den letzten Tagen ein unbekannter mit großer Sicherheit aufstretender Mann gekommen, der sich in einigen Fällen als „Gerichtsvollzieher Kroeger“ vorstellte und Geldbeträge erschwindelte.

Wer war Jenge? Am Mittwoch, dem 1. Juli, abends 11,30 Uhr, ist auf der Bögner Straße in Leipzig-Gohlis in der Nähe des Restaurants zur Post ein 54-jähriger Topfgerber von einem in südlicher Richtung fahrenden Personenkraftwagen überfahren worden. Wer war Jenge? Am Mittwoch, dem 1. Juli, abends 11,30 Uhr, ist auf der Bögner Straße in Leipzig-Gohlis in der Nähe des Restaurants zur Post ein 54-jähriger Topfgerber von einem in südlicher Richtung fahrenden Personenkraftwagen überfahren worden.

Bermittelt wird seit 30. Juni d. J. der in der Humboldtstr. 34, III bei den Eltern wohnende Sortiererschling Hermann Silberstein. Bermittelt wird seit 30. Juni d. J. der in der Humboldtstr. 34, III bei den Eltern wohnende Sortiererschling Hermann Silberstein.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Neuerrichtung von Landkrankenkassen gesetzlich unzulässig.

Von A. Hertel, Freiberg i. Sa.

Aus der Geschichte der Reichsversicherungsordnung vom 10. Juli 1911 ist deutlich ersichtlich, daß die Landkrankenkassen ihre Existenz vornehmlich der bei Schaffung der Reichsversicherungsordnung das Regierungschiff leitenden konservativen Partei der Agrarier verdanken. Aus der Geschichte der Reichsversicherungsordnung vom 10. Juli 1911 ist deutlich ersichtlich, daß die Landkrankenkassen ihre Existenz vornehmlich der bei Schaffung der Reichsversicherungsordnung das Regierungschiff leitenden konservativen Partei der Agrarier verdanken.

Für Sachsen gelten deshalb bis zur anderweitigen landesgesetzlichen Regelung die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung bzw. die sächsischen Ausführungsbestimmungen zur Reichsversicherungsordnung. Für Sachsen gelten deshalb bis zur anderweitigen landesgesetzlichen Regelung die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung bzw. die sächsischen Ausführungsbestimmungen zur Reichsversicherungsordnung.

„Die Beschlüsse der Versicherungsämter, daß die Errichtung einer Landkrankenkasse neben der Allgemeinen Ortskrankenkasse unterbleiben soll (Reichsversicherungsordnung § 229), sind in den Amtsblättern der unteren Verwaltungsbehörden zu veröffentlichen, bei denen die Versicherungsämter errichtet sind.“ „Die Beschlüsse der Versicherungsämter, daß die Errichtung einer Landkrankenkasse neben der Allgemeinen Ortskrankenkasse unterbleiben soll (Reichsversicherungsordnung § 229), sind in den Amtsblättern der unteren Verwaltungsbehörden zu veröffentlichen, bei denen die Versicherungsämter errichtet sind.“

Neur wesentliche Momente sind in der Zeit seit dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung, dem 1. Januar 1914 bis heute wohl kaum zu verzeichnen. Neur wesentliche Momente sind in der Zeit seit dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung, dem 1. Januar 1914 bis heute wohl kaum zu verzeichnen.

Die Gemeinden und das staatliche Aufsichtsrecht. Unter dieser Ueberschrift unternimmt der Landtagsabgeordnete Röllig in den L. N. eine Verteidigung der Beschneidung, ja Beseitigung des Selbstverwaltungsrechtes durch die Abänderung der Gemeindeordnung vom 1. August 1923 beim besten Willen ungünstig ausfallen muß, zieht Herr Röllig den Vergleich mit der — Residenten-Städteordnung und preßt es als Fortschritt, daß es auch nach der Novelle ein Verlangen der Genehmigung nach blohem „Ermeßen der Aufsichtsbehörde“ nicht mehr gibt. Die Gemeinden und das staatliche Aufsichtsrecht. Unter dieser Ueberschrift unternimmt der Landtagsabgeordnete Röllig in den L. N. eine Verteidigung der Beschneidung, ja Beseitigung des Selbstverwaltungsrechtes durch die Abänderung der Gemeindeordnung vom 1. August 1923 beim besten Willen ungünstig ausfallen muß, zieht Herr Röllig den Vergleich mit der — Residenten-Städteordnung und preßt es als Fortschritt, daß es auch nach der Novelle ein Verlangen der Genehmigung nach blohem „Ermeßen der Aufsichtsbehörde“ nicht mehr gibt.

Die wesentliche Verschlechterung des § 7 G.O. besteht ja mit darin, daß die Staatsbehörde darin das Recht erhält, trotz der Genehmigung der Aufsichtsbehörde gemeindliche Ortsgesetze anzufechten und dadurch zu ermöglichen, daß sie die endgültige Entscheidung in die Hand bekommt. Die wesentliche Verschlechterung des § 7 G.O. besteht ja mit darin, daß die Staatsbehörde darin das Recht erhält, trotz der Genehmigung der Aufsichtsbehörde gemeindliche Ortsgesetze anzufechten und dadurch zu ermöglichen, daß sie die endgültige Entscheidung in die Hand bekommt.

Wenn Herr Röllig zum Schlusse seines Artikels sagt, nicht durch starrs Festhalten an logenannnen Prinzipien, sondern durch leichtes zweckdienliches Handhaben der Verwaltung sei den Gemeinden gedient, so zeigt dieses Gerede nur, wie damit eine gemeindliche Selbstverwaltung prinzipiell vernichtet wird. Wenn Herr Röllig zum Schlusse seines Artikels sagt, nicht durch starrs Festhalten an logenannnen Prinzipien, sondern durch leichtes zweckdienliches Handhaben der Verwaltung sei den Gemeinden gedient, so zeigt dieses Gerede nur, wie damit eine gemeindliche Selbstverwaltung prinzipiell vernichtet wird.

Der Dresdner Anzeiger muß berichtigt!

Der Dresdner Anzeiger hatte eine Notiz aus dem Chemnitzer Tageblatt nachgedruckt, wonach das Verfahren gegen den Oberstaatsanwalt Genossen Dr. Asmus eingestellt worden sei. Der Dresdner Anzeiger hatte eine Notiz aus dem Chemnitzer Tageblatt nachgedruckt, wonach das Verfahren gegen den Oberstaatsanwalt Genossen Dr. Asmus eingestellt worden sei.

„Es ist nicht wahr, daß der Generalsstaatsanwalt seinen Antrag damit begründet, daß das Gesetz zwar in zahlreichen Fällen verletzt ist, daß aber Asmus nicht in vollem Umfange verurteilt werden könne, weil er zu unerfahren gewesen sei, um die Tragweite seiner Handlungswelt zu ermessen.“ „Es ist nicht wahr, daß der Generalsstaatsanwalt seinen Antrag damit begründet, daß das Gesetz zwar in zahlreichen Fällen verletzt ist, daß aber Asmus nicht in vollem Umfange verurteilt werden könne, weil er zu unerfahren gewesen sei, um die Tragweite seiner Handlungswelt zu ermessen.“

„Diese Republik und dieser Präsident sind einen Dreck wert!“ Wegen dieser in einem Artikel geäußerten Ansicht wurde der verantwortliche Redakteur des kommunistischen Kampfers vom Chemnitzer Schöffengericht wegen Vergehens gegen das Republikungsgesetz zu drei Tagen Gefängnis und 200 M. Geldstrafe verurteilt. „Diese Republik und dieser Präsident sind einen Dreck wert!“ Wegen dieser in einem Artikel geäußerten Ansicht wurde der verantwortliche Redakteur des kommunistischen Kampfers vom Chemnitzer Schöffengericht wegen Vergehens gegen das Republikungsgesetz zu drei Tagen Gefängnis und 200 M. Geldstrafe verurteilt.

Der Fall Rehner „erledigt“.

Und tapfer weicht die Regierung zurück.

Wie regierungsmäßig mitgeteilt wird, ist die Dienstbeurlaubung des Geh. Medizinalrats Prof. Dr. Rehner aufgehoben, gleichzeitig ist ihm auf Ansuchen ein längerer Erholungsurlaub bewilligt worden. Wie regierungsmäßig mitgeteilt wird, ist die Dienstbeurlaubung des Geh. Medizinalrats Prof. Dr. Rehner aufgehoben, gleichzeitig ist ihm auf Ansuchen ein längerer Erholungsurlaub bewilligt worden.

Dresden. Die Bevölkerungszahl. Die Volkszählung vom 16. Juni hat für Dresden eine ortsanwesende Bevölkerung von 608.025 ergeben, und zwar von 280.800 männlichen und 327.225 weiblichen Personen. Dresden. Die Bevölkerungszahl. Die Volkszählung vom 16. Juni hat für Dresden eine ortsanwesende Bevölkerung von 608.025 ergeben, und zwar von 280.800 männlichen und 327.225 weiblichen Personen.

Crimmischau. 12 Bismarratten gefangen. In vergangener Woche sind im benachbarten Dänitz in einem Teiche 12 Bismarratten gefangen und unschädlich gemacht worden. Crimmischau. 12 Bismarratten gefangen. In vergangener Woche sind im benachbarten Dänitz in einem Teiche 12 Bismarratten gefangen und unschädlich gemacht worden.

Limbach. Typus? Als typusverdächtig wurde ein 21-jähriges Mädchen ins Rabenheiner Krankenhaus eingeliefert. Limbach. Typus? Als typusverdächtig wurde ein 21-jähriges Mädchen ins Rabenheiner Krankenhaus eingeliefert.

Wochenpielplan.

Neues Theater. Montag, 8 Uhr: Rigoletto; Dienstag, 8 Uhr: Die Nibelungen; Mittwoch, 8 Uhr: Die Nibelungen; Donnerstag, 8 Uhr: Die Nibelungen; Freitag, 8 Uhr: Die Nibelungen; Samstag, 8 Uhr: Die Nibelungen; Sonntag, 8 Uhr: Die Nibelungen. Neues Theater. Montag, 8 Uhr: Rigoletto; Dienstag, 8 Uhr: Die Nibelungen; Mittwoch, 8 Uhr: Die Nibelungen; Donnerstag, 8 Uhr: Die Nibelungen; Freitag, 8 Uhr: Die Nibelungen; Samstag, 8 Uhr: Die Nibelungen; Sonntag, 8 Uhr: Die Nibelungen.

Berammlungskalender.

Sonnabend, den 4. Juli 1925. Krankenunterstützungs- und Begräbnisliste zu V. Gohlis, Brauerei-Ausicht Aidau u. Co., 1/8 Uhr. Sonntag, den 5. Juli 1925. Steiniger, Volkshaus, vorm. 1/8 Uhr. Bauwerkverbund (Zöfner), Volkshaus, vorm. 9 Uhr. Montag, den 6. Juli 1925. Metallarbeiter (Nordbezirk), Aidau Ausicht, 8 Uhr. Prof. Präsident, Dring. L. Ost, Schule Stabantplatz, 7 Uhr. Deutscher Bildungs- und Arbeiterverband, Volkshaus, 1/7 Uhr. Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Interimien ersichtlich. Sonabend, den 4. Juli 1925. Krankenunterstützungs- und Begräbnisliste zu V. Gohlis, Brauerei-Ausicht Aidau u. Co., 1/8 Uhr. Sonntag, den 5. Juli 1925. Steiniger, Volkshaus, vorm. 1/8 Uhr. Bauwerkverbund (Zöfner), Volkshaus, vorm. 9 Uhr. Montag, den 6. Juli 1925. Metallarbeiter (Nordbezirk), Aidau Ausicht, 8 Uhr. Prof. Präsident, Dring. L. Ost, Schule Stabantplatz, 7 Uhr. Deutscher Bildungs- und Arbeiterverband, Volkshaus, 1/7 Uhr. Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Interimien ersichtlich.

Gegen Sexualschwäche zur Anregung und Kräftigung bei vorzeitiger Erschlaffung ist Johimbun-Lactithin-Nervophat das beste Kräftigungsmittel. Apotheke (Ecke Nikolaistraße). Postversand nach auswärtig. Grimmische Straße 17. Gegen Sexualschwäche zur Anregung und Kräftigung bei vorzeitiger Erschlaffung ist Johimbun-Lactithin-Nervophat das beste Kräftigungsmittel. Apotheke (Ecke Nikolaistraße). Postversand nach auswärtig. Grimmische Straße 17.

Aus der Umgebung.

Die Gemeindevertreter des Leipziger Bezirks haben noch lange nicht alle davon Gebrauch gemacht, bei der Post das Abonnement auf die vom Parteisekretariat herausgegebenen „Mitteilungen für Gemeindevertreter“ zu bestellen, obgleich die Ortsvereine den Abonnementsbeitrag zurückstatten. Und doch enthalten diese Mitteilungen so viele für die Gemeindeverordneten, auch der kleinen Gemeinden wichtige Hinweise, die gerade jetzt in der Zeit der Neugestaltung der Gemeindeverfassung auf Grund der veränderten Gemeindeordnung von besonderem Wert sind. Die Partei hat das Recht, von ihren Vertretern zu verlangen, daß das Informationsmaterial, das ihnen unentgeltlich gewährt wird, auch benutzt wird. Die Ortsvereinsvorstände werden ersucht, dahingehend auf die Gemeindevertreter einzuwirken.

Tauscha. Ein unverständenes Urteil. Das Amtsgericht Tauscha verhandelte am 30. Juni gegen den Ziegeleibehrer Seidemann. Ihm war zur Last gelegt, jahrelang unerschütterlich weiche Strom entnommen zu haben, wodurch die Stadt ganz erheblich geschädigt worden ist. Seidemann, der nicht etwa in der Angelegenheit, sondern neben seinem Verteidiger sah, leugnete alle Verfehlungen, die ihm zur Last gelegt waren. Auch die Mahnungen des Vorsitzenden, doch der Wahrheit die Ehre zu geben, fruchteten nichts. Seine Antwort lautete unverändert: „Ich weiß von nichts!“ Als Zeugen-Sachverständiger berichtete Betriebsingenieur Voigt vom Elektrizitätswerk Tauscha folgendes:

Am März d. J. rief der Angeklagte das Werk an und verlangte, daß sofort jemand zu ihm komme, da seine sämtlichen Lampen geplatzt seien. Der mit der Reparatur beauftragte Arbeiter Busch sah sofort, daß S.s Leitung unter zu großer Spannung gestanden haben müsse, und entdeckte in einer Dachkammer einen Motor; auch sah er, daß der Strom widerrechtlich entnommen war. Der Arbeiter erstattete sofort Anzeige. Das war an einem Mittwoch. Ingenieur Voigt konnte aber erst am Sonnabend, also drei Tage später, zur Aufnahme des Tatbestandes schreiten, da Herr S. mit seinem Auto verweilt war. Als nun Voigt verlangte, daß S. ihm die Dachkammer öffne, verweigerte ihm der Angeklagte die Öffnung. Erst die wiederholte Drohung Voigts, einen der beiden Zeugen zur Postzeit zu schicken, bequeme S. zur Öffnung. Man fand eine Schraubmühle, die an einen Motor angeschlossen war. Die Leitung war frisch abgedrillt.

Auf die Frage des Vorsitzenden, welchen Zwecken die Mühle gedient habe, die doch gegen 20 Liter Getreide fülle, antwortete der arme Ziegeleibehrer: „Weiß ich nicht, ich weiß nicht viel gehabt, und da habe ich mir etwas Getreide gemahlen.“

Weiter fand Voigt die Spuren eines furchterlichen Kurzschlusses. Die Drahtkabeln hatten gebrannt. S. behauptete, dieser Brand sei zurückzuführen auf die große Feuchtigkeit der betreffenden Wand. Voigt führt ihn darauf zurück, daß S. die falschen Drähte zusammengeklebt habe.

Außerdem stand in der Kammer ein Motor. Auf des Vorsitzenden Fragen, von wem er den Motor gekauft, wann er ihn gekauft und seit wann er ihn in der Kammer stehen habe, gab S. die berühmte

Antwort: „Das weiß ich nicht!“ Durch einen Zeugen erst konnte festgestellt werden, daß dieser schon während des Krieges vom Nebenhause aus in der Dachkammer täglich habe mahlen hören.

Voigt ging nun zur Wohnung. Hier waren Heizkörper eingebaut. Die Heizlampen waren verschwunden. Diese wurden gepöbelt, ehe der Strom durch den Zähler gegangen war. Voigt machte den Angeklagten auf seine pompöse Deckenbeleuchtung aufmerksam, die doch auch ein gut Teil Strom verbräuche. Darauf entgegnete der Angeklagte: „Über erlauben Sie! Ich mußte in dieser Zeit furchtbar sparen. Ich arbeitete damals in einem kleinen Zimmer und brannte nur eine Lampe.“ Aber gerade in der Inflationszeit soll die Vorderfront der Seidemannschen Villa des öftesten taghell erleuchtet gewesen sein.

Interessant für die Einwohnerschaft Tauscha ist der Jahresstromverbrauch des Angeklagten. Im Jahre 1921 waren es 163, 1922: 169, 1923: 223 und 1924: 216 Kilowattstunden.

Der gerichtlich vereidigte Sachverständige, Ingenieur Albrecht-Leipzig, bekundete, daß er nur allgemeine Erwägungen anstellen könne, denn von den Spuren war nichts mehr zu sehen.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte die Verurteilung Seidemanns, da ihm in zwei Fällen unerlaubte Stromabnahme nachgewiesen sei. Der Verteidiger plädierte selbstredend für Freisprechung. Er betonte besonders, daß S. ja sofort bei Eintritt der Störung das Werk angerufen habe. Wir fragen: War dem Gericht nicht bekannt, daß S. erst den Besitzer des Nebengrundstücks um Hilfe bat, dieser aber die Hilfe ablehnte und ihm sagte, er solle nur das Werk anrufen?

Warum hat man von Seiten der Stadt nicht den Entdecker der Sache, den Elektrizitätsarbeiter Busch, als Zeugen genannt? Warum hat man weiter den gerichtlich Sachverständigen erst nach 4 Monaten um ein Gutachten ersucht?

Die Einwohnerschaft Tauscha hat einen Freispruch, auch wegen Mangels an Beweisen, nicht erwartet.

Ganz eigenartig aber wird der Fall beleuchtet durch folgendes: Herr Seidemann soll an die Stadt ein Wiesengrundstück, das man zur Erweiterung des Bades benötigt, verkauft haben, und zwar zu einem sehr annehmbaren Preise. (Man spricht von 50 Btg. für den Quadratmeter.)

Die Einwohnerschaft erwartet Auskunft und hofft, daß in der Angelegenheit Seidemann noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Engelsdorf. Am Montag, dem 6. Juli d. J., findet 8 Uhr abends in der hiesigen Schule ein interessanter Lichtbildvortrag statt. Elternrat und Lehrerschaft richten an sämtliche Erzieher die Bitte, recht zahlreich zu erscheinen.

Pösch. Tot aufgefunden wurde in dem benachbarten Kleinpösch der 58 Jahre alte, aus Borna gebürtige Arbeiter Rob. Albrecht. Albrecht war seit längerer Zeit ohne festen Wohnsitz. Die ärztliche Untersuchung ist eingeleitet, um die Todesursache festzustellen.

Sportartell

Wahlung Vereinskassierers Arbeiter-Turn- und Sportverein Wilmshaus (Kreis Zittau) für Sonntag, den 2. August, eine 1. Fußballmannschaft nach Wilmshaus. Jahrgangsberechtigter bis 1910. Interessenten setzen sich mit Gen. Eickmann, Wilmshaus, Poststraße 42, in Verbindung. Größtlich melde: 1. Post- und 1. Jugendmannschaft für Fußball und 1. Turnvereinmannschaft für Handball. Schaal.

Kaffball.

Sonntag, den 12. Juli.
Wahlungsspiele zwecks Auf- und Abstieg der einzelnen Klassen. 2. Klasse: 1. Liebertsdorf 1 (Schleuß), 2. 1. Liebertsdorf 2 (Pösch) 1 (Klein-Schleuß). 4.30 Uhr Sieger vom 6. Juli—Engelsdorf 1 (Pösch). Sämtliche Spiele finden auf den Bauernwiesen statt. Jede Mannschaft stellt einen Richter. Er wählt einen der Mitglieder des Verhandlungsausschusses zum Anführer.

Schwelger-Mannschaft in Leipzig.

Wiederum ist der Leipziger Arbeiterportgemeinschaft Gelegenheit geboten, eine Ausländermannschaft in ihren Mauern zu beherbergen. In Erinnerung ist wohl noch das Spiel gegen die französische Auswahlmannschaft, sowie das erst kürzlich stattgefundene Engländerpiel, wobei die Leipziger Arbeiterportgemeinschaft ihre sympathische Begeisterung und andere Kundgebungen den ausländischen Sportgenossen ihre Sympathie bezeugte. Diesmal ist es der Arbeiterportgemeinschaft des Wilmshaus ein Braunschweiger (Schweiz), welcher anlässlich der Saisonreise der Wilmshauser in Leipzig ein Braunschweiger (Schweiz) mit, das die ersten mit einem Sieg von 2:0 erzielte. Das Treffen in Leipzig ist auch gleichzeitig ein Kräftemessen zur Frankfurter Olympia, und wird von den Leipziger Fußballportgemeinschaft mit großem Interesse verfolgt werden. Die Spielweise des ehemaligen Bundesmeisters, der in der ersten Runde umgefallen ist, ist auch rühmlich bekannt. Aus diesem ist zu ersehen, daß den Leipziger ein außerordentlich spannender Kampf geboten werden wird. Der Wilmshaus hat die Wilmshauser nicht gefürchtet, das außergewöhnliche Ergebnis wird man sich gefallen lassen. Die Spiele, die am Freitag, dem 18. Juli, hier eintrifft, werden das Spiel am Sonnabend, 8 Uhr nachmittags, austragen und am 12. Juli ein zweites Spiel in Dresden absolvieren. Die Leipziger Arbeiterportgemeinschaft mag diese Veranstaltung durch Massenbesuch unterstützen, um auch den Schwelger Sportgenossen gegenüber den Beweis zu erbringen, daß Landesgrenzen keine Hindernisse sind, die Weiterentwicklung im sportlichen Sinne zurückzuführen.

Geleitschulungsspiel.

Dienstag, den 7. Juli 1925, abends 7 Uhr.
Herrn 1. 1—Schleuß 07 1.
8 Uhr Pannsdorf 1 (Schleuß)—Wager 1 (Schleuß) (Kaffball); 6.30 Uhr Pannsdorf 1—Wager 1 (Kaffball); 7 Uhr Pannsdorf 1—Turner—Wager 1 (Turner-Metball).

Mittwoch, den 8. Juli.

Zeitungsspiel der Geleitschulungsmannschaft für Frankfurt, 7 Uhr Lindenau (Frankfurt)—Geleitschulungsmannschaft in Lindenau. Neben: Schwarze Hefe und Turnerabend. Tor: Braun; Verteidigung: Vogel, Wolf; Läufer: Lammich, Hauschild, Steube; Sturm: Janssen, Becker, Schaal, Panitz; Schiedsrichter: Klein-Schleuß.
Abends 7 Uhr: Jahn-Geleitschulung 03 1; abends 6.30 Uhr: Wilmshaus gegen Sparta 1; abends 6.30 Uhr: Sportklub 23 1—Geleitschulung 2 (Kaffball); abends 7 Uhr: Viktoria 12 1. Spd.—Schleuß 07 1. Spd.

Donnerstag, den 9. Juli.

Abends 6.30 Uhr: Wilmshaus 07 1—Pannsdorf-Wilmshaus 3.
Sofort: 7 Uhr Schleuß 1—Wilmshaus 1 auf den Bauernwiesen. Schaal.

Mitteln.

Montag, den 6. Juli, abends 8 Uhr, Koltshaus. Alle Kampfrichter und Vereinsmitglieder erscheinen.

B. I. E. Südbot (Abt. Stötteritz). Mittwoch, den 8. Juli, abends 10 Uhr, im Vereinshaus Mitglieder-Versammlung. — Wichtige Tagesordnung. Der Vorstand.

Wegen Vernahme größerer Bauarbeiten auf der Reichenhainer Staatsstraße zwischen km 7,195 und 10,190 das ist von der Stelle an, wo der Weg nach Viebertsdorf abzweigt bis vorwärts zum Höhren, wird die Straßenbreite im Winter mit dem Straßen- und Wasserbauamt Leipzig in der Zeit vom 29. Juni bis etwa 15. August 1925 für allen Durchgangsverkehr mit Fahrzeugen aller Art und für Fahrräder gesperrt. Der Verkehr wird über Viebertsdorf—Güldenpösch—Höhren oder über Wilmshaus—Gröben—Höhren vertrieben.
Leipzig, am 25. Juni 1925.
Die Amtshauptmannschaft.

Berechnen werden soll die Lieferung von 25 000 kg Fußbodenöl für die städtischen Schulen. Die besonderen Verzeichnisse und Bedingungen hierzu können vom Beschaffungsamt, Kommissariat 8, 8. Reichshaus Zimmer 35 besorgen werden. Preis 50 Btg. für das Stück. Öffnung der Angebote und Bekanntgabe der Endsummen Donnerstag, den 16. Juli 1925, vorm. 9 Uhr, im Zimmer 35. Die Angebote sind bis zu dieser Zeit verschlossen und mit der Aufschrift „Fußbodenöllieferung für die städtischen Schulen“ versehen im Zimmer 35 abzugeben. Dem Angebote ist eine Probe von mindestens 500 g sowie eine von der Stadt Chemischen Untersuchungs-Anstalt, Dresden Straße 17, gefertigte Analyse beizufügen. Die Lieferung des Oeles muß bis 1. August 1925 beendet sein. Jede Entscheidung bleibt vorbehalten.
Der Rat der Stadt Leipzig, 4. 7. 1925.

Alle Streitenden
erhalten 10 Pros. Ermäßigung bei Käse-Beeg, Markthalle, Galerie, Stand 4.

GLOBUS
Putz-Extrakt
Der Hans hält am Längsten
Fritz Schulz jun. A.G. Leipzig

Gardinen
Motorware v. Mk. 0.68 an
3teil. Künstler v. Mk. 3.75 an
Stores per Stück v. Mk. 3.80 an
Schlafdecken p. St. v. Mk. 5.75 an
Die a decken p. St. v. Mk. 8.80 an
Steppdecken Satin dopp. von 19.50 an
Sofabezüge gute Qualität 4 Motor 12.50
Bettlinnen garant. fedordicht 1.90
Vitragestoffe, Chaiselonguestoffe
Linoleum-Teppiche
Läufer
Rosenberger, Halnstr. 8

Es empfiehlt sich zur Ausführung aller **Zimmer-Arbeiten**
B. Blume
Connwitz, Gelfenstraße 54, II. 1.

Heute! beginnt mein **Saison-Ausverkauf**
zu enorm billigen Preisen
Bitte beachten Sie meine Preise in allen Schaufenstern
Schuhhaus Sellinger
nur Burgstraße 13, Zeltzer Straße 18

Farb- und Schwarzfärber gesucht
Kirstein & Co., Leozig, Hoopitalstraße 11a
Verfette **Fräser**
stellen ein
Atlas Werke, Pöhler & Co.
Leipzig-Stötteritz

Vertreter gesucht
für erkl. fähiges Zubeh. gel. gesch. in jedem Haus- und Küchengerätgeschäft, Drogerie, Seifenhandlung, Warenhaus etc. gern gekauft. Große Verdienstmöglichkeit. Offerten unter F. B. 4297 an Rudolf Wölfe, Kreisburg in B.

1 perf. Köchin
für sofort gesucht
Kantine d. Wolpphwerke A. B. 2. Bahnen

Selbständige verfette **Automatenreher und Einrichter**
für 4 Eindeut-Automaten, sowie verfette **Horizontal- und Vertikal-Fräser**
bei dauernder Beschäftigung gesucht
Angebote m. Zeugnisabschriften an **Hansa-Lloyd Werke A.G.**
Bremen 11

Kurbelstickerinnen
nur erste Kräfte finden sofort Dauerstellung. Angeb. m. Bild u. Gehaltsanpr. an Heibelberger Fabrikfabrik.

Interate sind nicht a die Redaktion, sondern an die Expedition der Volkszeitung zu richten
Herren- u. Damenohren u. Ablage 1.80 bis 2.80 nur 7 und 8. Juli 1925. Gutes Leder. Auch auf Rand genäht.
Zell. Peterssteinweg 12. I.
Dr. A. Michaelsohn
L.-Gohlis
von der Reise zurück.

Berücksichtigt die Inserenten der Leipziger Volkszeitung!

Homer hat doch recht behalten
BEWEIS: SAISON-AUSVERKAUF POLICH
1.-14. JULI

WINTER mit den Preisen heraus mit der Ware

Saison Ausverkauf

Wir lösen unsere Versprechungen stets restlos ein, hier einige Beispiele!

Damen-Konfektion

Abteilung A. Kleider

1 Kleider	aus gutem Wolstoff	150
2 Kleider	aus gutem Baumwoll-Muslin in verschiedenen Mustern	390
3 Kleider	aus gutem gestreiftem Perkal und Seidenstoff in hübschen Farben	690
4 Kleider	aus gutem gemusterten Wolstoff-Größe und Wolstoff-Muslin in extra weit, für starke Damen, leicht mit langen Ärmeln	890
5 Kleider	aus reinwollenen sparten Stoffen und guter Webstoffe in folgenden Größen	1250
6 Kleider	aus modernen, harten, reinwollenen Stoffen und gutem Wolstoff-Muslin, offen und geschlossen zu tragen, m. lang. Ärmeln mit Saub., extra weit	1450
7 Kleider	aus sparten Wolstoffstoffen, in eleganten Größen, reinwollene Gabardine und Tups	1850
Unterröde aus gutem Streifen-Jersey		165

Abteilung B. Mäntel

1 Mäntel	aus gutem Donegal	390
2 Mäntel	aus gutem Esocrotal, mit Stryperei und Biege	690
3 Mäntel	aus gutem Honsepan, offen und geschlossen zu tragen, sehr praktisch für die Reise	890
4 Mäntel	aus reinwollenen Stoffen und jugendlichen, einfarbigen, reinwollenen Stoffen	1250
5 Mäntel	aus gutem Jura-Esocrotal in jugendlicher Form und Honsepan mit Herrensform	1450
6 Mäntel	aus einfarb. Tuch, darunter große Weiten und warmen Stoff	1850
7 Mäntel	aus imprägniertem, reinwollenen Stoffen und reinwollenen Tuch, für starke Damen	2950
Windjacketen aus imprägniertem Esocrotal, mit 4 Taschen		690

Abteilung C. Blusen

1 Blusen	aus Wolstoff, Simons	50
2 Blusen	Jumperform, in hübschen Wolstoffstoffen	145
3 Blusen	Sendform, mit Perlmutterschnitten in weichen Sendentuch und gestreiftem Perkal	295
Abteilung D. Röcke		
1 Röcke	aus gutem Donegal	195
2 Röcke	aus reinwollenem Chetol, marineblau	390
3 Röcke	aus gutem Honsepan, zum Durchdrücken	690
Sportjacketen aus gutem Delour de laine, in hübschen Größen		1650

ca. 50000 Meter
Leinen- und Baumwollwaren

Rohneffel	teilweise leicht angefaulbt, ca. 90 cm breit	37
Rohneffel	ca. 140 cm breit, halbfeste Ware für Bettwäsche, teilweise leicht angefaulbt	95
Hemdentuch	ca. 80 cm breit, gute, dicke Qualität	58
Körperbarchent	gebildet, besonders gute, weiche Qualität, Meter 1.10	85
Hausfuch	140 cm breit, sehr feste, harte Ware, besonders für Betttücher geeignet	145
Stangenleinen	in verschiedenen, sehr schönen Streifen, sehr gutes Ergebnis, 130 cm breit	120
Handfuchgebild	weiß, besterbar mit bunter Farbe, Meter 48	38
Handfuchgebild	besonders gute, halbleinene Ware, grau gemischt, mit roter Saite, Meter 78	65
Wischfuch	weiß-rot kariert, gute halbfeste Qualität	22
Extra billiges Angebot!		
Ein großer abgepaßter Handtücher fertig gefärbt und gebündelt, in verschiedenen Qualitäten, bestes Ergebnis, teilweise mit ganz kleinen Webfehlern		
Serie I	1.70	1.35
Serie II	1.10	98

ca. 30000 Meter
Waschstoffe und Buntwaren

Wash = Musseline	in neuen, modernen Mustern, hell und dunkel-farbig, Meter 95 75	58
Jephir	in vielen sparten neuen Streifen	78
Perkal	80 cm breit, in vielen, schönen Streifen für Blusen und Oberhemden	95
Frotté	ca. 100 cm breit, sehr gutes, dickes Gewebe in großer Wellenmasse	110
Crêpe Marocaine	100 cm breit, vorzügliche Qualität in modernen hübschen Mustern	160
Schürzen-Siamosen	ca. 100 cm breit, sehr gute halbfeste Ware	125
Bunter Bettkaffun	vorzügliche Qualität, in sehr schönen Mustern 130 cm breit	78
Buntes Bettzeug	in hellen und gedulden Mustern 130 cm breit	98
Kopfkissen	festig genäht, aus gutem, dichten Stoff	95
Besonders preiswert!!!		
Bettgarnitur, Bettbezug	mit 2 Kissen aus sehr gutem Stoff, reich bestickt	13.50
1090		

ca. 10000 Meter
Kleider- und Seidenstoffe

Blusenstreifen	in sehr schönen mittleren und dunklen Farben	95
Schotten und Karos	in modernen Farben und Mustern, 100 cm breit	125
Donegal	140 cm breit, solide gute Ware in engl. Geflecht, Meter 2.40	195
Sensationelles Angebot!		
Popeline	Reinwollene gezeichnete Ware, ca. 100 cm breit, vorzügliche Qualität, teilweise mit ganz kleinen Fehlern	295
Weit unter Preis!		
Gabardine	105 cm breit, ganz besonders gute und feste Qualität in dunklen Farben mit modernen Streifen	295
Panama	120 cm breit, sehr gute, halbfeste Ware	245
Ercoline	sehr gute dauerhafte Qualität für Kleider und Oberhemden, in sehr sparten Streifen	345
Washseide	grünlich u. kariert, sehr schöne, moderne Muster Meter 3.75	360

Gardinen

Gardinen	Mitersare, gute Qualitäten, ca. 80 cm	30
Borden	Glamine mit Glühbirnen und Solanis	65
Galerie = Borden	hellgrünlich mit Streifen	68
Scheibengardinen	abgepaßt, beliebige Größe	78
Spann = Stoffe	Tapeten, ca. 120-130 cm	98
Kongress = Stoffe	leise Qualität, festlich	58
Gardinen-Mull	weiß, ca. 65 cm breit	95
Halbstores	Glamme, klare Glasfuge und Spitzen	165
Halbstores	Sandfuch, ca. 40 cm breite Glasfuge	690
Kochelleinen = Borden	ca. 50 cm	75
Kissen	Gute Füllungen, harte Bezugstoffe	98
Garnituren	2-teilig, Sitz und Lehne für Korsett	295
Holz = Portieren = Garnitur komplett, Träger, Ringe und Endhölzer		175

Spitzen - Stickereien

Barmer Bogen für Wäsche	mit	3
Wäsche-Bördchen	weiß, in vielen verschiedenen Mustern, 10-Meter-Stück	58
Schmale Wäsche-Stickerei	in guter Ausführung	5
Stickerei	auf gutem Stoff und kleinem Gürtelstück	80
Wäsche-Stickerei	ca. 7 cm breit in halber Ausführung	95
Stickerei u. Einfähe	in ganz verschiedenen Ausführungen	125
Wäsche-Stickerei u. Einfähe	in verschiedenen Ausführungen	245
Schweizer Stickerei	in verschiedenen Größen, 4,00-Meter-Stück	48
Stickerei-Träger	Meter 68 45 38	28
Rock-Stickerei	in reichgezeichneten Mustern, je nach Größe	58
Hemd-Passen	in Träger-Form, in Schürzen-Form, in kleinerer Ausführung	58
Hemd-Passen	mit verschiedenen Mustern, je nach Größe	175
Zwirn-Spizen	je nach Größe	28
Zwirn-Spizen u. Einfähe	je nach Größe	12
Imitierte Klöppel-Spizen	je nach Größe	78
Schmale imit. Klöppel-Spizen	und Einfähe für schöne Bekleidung	125

Damen-Wäsche, Schürzen und Korsette

Taghemd	aus gutem Wolstoff und Hochlaufverzierungen	80
Taghemd	aus feinstem Wolstoff, mit breiter Schärpe und Rückenverzierungen	145
Untertaillen	schön, hübsch, halbaussparierend	85
Jumper-Untertaillen	schön, hübsch, halbaussparierend	145
Wiener Schürze	aus gutem Material mit hübscher Blende	95
Jumperschürze	aus mod. gemusterten Stoffen	125
Jumperschürze	schöne Verarbeitung	145
Spielhosen für Straben und Mädchen, hübsche Ausführung		195
Strumpfhaltergürtel	aus Jut. Dreil, 1.25	95
Sportgürtel	aus roter Satinblende, mit Haltern	145
Korsett	leber und weich, aus gutem Dreil, mit breiter Schärpe	195
Süßhalter	aus hübsch gemusterten Jacquard mit breiter Saum u. Haltern, weiß u. rosa	210
Korsetten in verschiedenen, hübschen Ausführungen		490



Gebr. SLUB A.G.

Mengenabgabe vorbehalten

Mengenabgabe vorbehalten

Volkswirtschaftliches.

Eine Randbemerkung zum Kapitel Kapitalbildung.

SRK. Auch heute noch hat die deutsche Wirtschaft, die infolge der Inflation fast aller flüssigen Betriebsmittel entblüht war, unter der Kapitalnot zu leiden. Die begehrten Kredite des Auslands sind wohl eine augenblickliche Hilfe; sie lasten aber schwer auf der Wirtschaft, weil sie in den hohen Zinsen Kapital aus dem Lande ziehen, das der eigenen Volkswirtschaft verlorengeht.

in Sachsen

Table with 2 columns: Year, Amount in Mark. Rows for 1913, 30. September 1924, 31. Dezember 1924, 31. März 1925.

in Preußen

Table with 2 columns: Year, Amount in Mark. Rows for 1913, 30. November 1924, 31. Dezember 1924, 31. März 1925.

in Sachsen waren demnach am 31. Dezember 1924 der 125. Teil (gleich 0,8 Prozent), am 31. März 1925 der 61. Teil (gleich 1,6 Prozent) der Vorkriegssumme erreicht; in Preußen am 31. Dezember 1924 der 32. Teil (gleich 3,08 Prozent), am 31. März 1925 der 18. Teil (gleich 5,5 Prozent), das ist ungefähr der Stand von 1872.

Wir sehen, wie langsam und schwierig die Kapitalbildung bei den Sparkassen, die auf Einlagen der breiten Massen beruhen, vor sich geht. Die heutige Lohn- und Preisbildung nimmt diesen Kreisen die Möglichkeit, Sparkapital zurückzulegen.

Börse — Goldmarkt.

Die Tendenz an der Effektenbörse war im allgemeinen in der abgelaufenen Berichtswoche schwankend. Größere Kursrückhebungen oder Rückschläge sind nicht zu verzeichnen. Während die ersten beiden Tage sich durch ein stärker einsetzendes Geschäft auszeichneten und vor allem am letzten Tage des Monats Juni eine größere Kurserhöhung in Erscheinung trat, gingen die Kurse in den folgenden Tagen zurück, so daß sie am Wochenschluß ungefähr den gleichen Stand wie am Wochenanfang hatten.

Walja.

Von Leonid Andrejew. (Deutsch von M. Bendtschneider.)

1] Walja sah und las. Das Buch war sehr groß, nur zur Hälfte kleiner als Walja selbst, mit sehr schwarzen, großen Zeilen und Bildern über die ganze Seite. Um die oberste Zeile zu sehen, mußte Walja sich auf dem Stuhl auf den Knien hockend, den Kopf fast über den ganzen Tisch vorstrecken und mit seinen vollen, kurzen Fingern die Buchstaben festhalten, welche ihm unter andern ähnlichen leicht verloren gingen — sie dann wiederzufinden, war jedesmal eine große Mühe für ihn.

Die Tendenz am letzten Börsentage war schwach und die Kurse zum großen Teile weiter nachgebend. Die Kursfestsetzungen der wichtigsten Aktien gestalteten sich wie folgt:

Table with 5 columns: Name, 29.6., 30.6., 1.7., 2.7., 3.7. Rows include Montanwerke, Harpener, Gelsenkirchen, Phoenix, Rhein Stahl, Rombacher, Maschinenwerke, Schwarzkopf, Schubert & Salzer, Elektr. Werke, A.E.G., Siemens & Halske, Schuckert, Chemische Werke, Höchst, Badische Anilin, Elberfelder Farben, Kaliwerke, Westeregeln, Deutsche Kali, Kali Aschersleben, Textilwerke, Stöhr, Hamersin, Norddeutsche Wolle.

Am Geldmarkt fehlt es noch immer an dem nötigen Angebot. Die Nachfrage nach Monats- und nach täglichem Gelde war überaus rege, so daß eine weitere Verteuerung des Geldes eintrat. Die Geldsätze stellten sich wie folgt:

Table with 5 columns: Tagesgeld, Monatsgeld, Kurze Sicht, Lange Sicht. Rows for 29. Juni, 30. Juni, 1. Juli, 2. Juli, 3. Juli, 8. Juli.

*) In Reichsmark abgestempelt, erste Notierung in Goldprozent.

Die Wirkung des englischen Goldstandards in Dänemark und Norwegen.

Aus Kopenhagen wird dem Soziald. Pressedienst geschrieben: Seit April 1925 ist ein andauerndes Steigen der dänischen und norwegischen Krone festzustellen. Insbesondere bessert sich die dänische Krone, unverkennbar unter spekulativer Einwirkung, in großen Sprüngen. Während für die Mark im April 1,28 Kronen gezahlt wurden, gilt sie heute nur noch 1,24 bis 1,25 Kronen. Der Dollar ist von 6 Kronen auf 5,15 gefallen.

Starke italienische und französische Kapitalflucht nach der Schweiz.

Aus Bern wird berichtet. Trotz der bevorstehenden umfangreichen Halbjahrsliquidationen zeigt der schweizerische Geldmarkt, der bereits seit Monaten eine auffallende Flüssigkeit zeigt, eine weitere starke Verflüssigung des verfügbaren Materials. Die überreichliche Verzorgung der Schweiz mit verfügbarem Mitteln ist in erster Linie auf das starke Anschwellen der Kapitalflucht aus Frankreich und Italien, die neuerdings vorwiegend in der Schweiz mündet, zurückzuführen.

Kürze mit einem weiteren Rückgang der schweizerischen Geldsätze zu rechnen sein dürfte. Andererseits sind in den letzten Wochen infolge der Verbesserung der schweizerischen Handelsbilanz unerwartet umfangreiche Mengen Devisen ins Land geströmt.

Zu den Finanzschwierigkeiten bei Krupp wird mitgeteilt, daß es sich um einen vorläufig noch nicht gedeckten Betrag von 20 Millionen handelt. Es scheint festzustehen, daß man mit dem Reichsfinanzministerium Verhandlungen gepflogen hat, ohne daß bisher ein Ergebnis vorläge.

Krise im Textilgewerbe. Die seit 21 Jahren bestehende Herren- und Knabenkonfektionsdetailfirma Leske & Lehrer, Berlin, hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Passiva betragen, wie die Deutsche Konfektion mitteilt, 150 000 Mark, denen ein Warenlager im Faktuurenwert von gleicher Höhe gegenübersteht, auf das jedoch erhebliche Abschreibungen vorgenommen werden müssen.

Amtliche Preise der Produktenbörse

Table with 3 columns: Produkte, 4. Juni, 3. Juli. Rows include Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, Weizenmehl, Roggenmehl.

Weizen: Juli 260. Roggen: Juli 218,50—218 und Brief. Hafer: Juli 198. Mais: Juli —. Roggenmehl: —.

Amtlicher Berliner Schlachtviehmarkt vom 4. Juli.

Auflrieb: 2222 Rinder (560 Bullen, 566 Ochsen, 1112 Kühe und Färsen), 1400 Kälber, 10865 Schafe, 6665 Schweine, 20 Ziegen, 160 Auslandschweine. Es notierten: Ochsen: I. 58—62, II. 50—55, III. 44—48, IV. 80—28, Bullen: I. 56—58, II. 50—5, III. 45—48, Färsen und Kühe: I. 56—91, II. 45—52, III. 35—41, IV. 27—30, 5. 22—25, Jungvieh: 37—45, Kälber: II. 66—67, III. 56—60, IV. 50—55, V. 43—48, Schafe: I. 50—57, II. 28—46, III. 28—31, Schweine: II. 82—83, III. 80—81, IV. 75—79, V. 75—77, VI. 74, VII. 74—78, Ziegen: 20—25, Marktverlauf: Rinder langsam, Kälber: langsam, Schafe: langsam, Schweine ruhig.

Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 7. Juli 1925. Wirtschaftsrundfunk: 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Kohl- und Baumwollpreise. 4 Uhr: Landwirtschaftliche, Baumwolle, Devisen. 6 Uhr: Dasselbe: Wiederholung. 6.15 Uhr: Dasselbe: Fortsetzung und Mitteilungen des Leipziger Megamats für Handel und Industrie. Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 12 Uhr: Mittagssmuft auf der Hauptstadt-Phonola. 12.55 Uhr: Raucner Zeitungen. 1 Uhr: Börsen- und Pressebericht. 4.30—6 Uhr: Konzert der Hauskapelle. 6.30—7 Uhr: Seppelproben aus dem Neuerscheinungen auf dem Bühnenmarkt. 7—7.30 Uhr: Vortrag: Maximilian Kretschmer: „Der jüdische Serpentinstein und seine Geschichte“. 7.30—8 Uhr: Vortrag: Dozent Prof. Dr. John von der Leipziger Universität: „Die deutsche zoologische Station in Neapel und ihre wissenschaftliche Bedeutung“. 8.15 Uhr: Mahler-Abend. (Gustav Mahler, geb. 7. Juli 1860 in Kalischt i. B.) Mitwirkende: Anna Quistorp (Soprano), Ernst Wolfson (Bariton). Am Grottrian-Steinweg: Friedbert Sammler. Einleitende Worte von Ernst Smigelski. Lieder und Gesänge von Mahler. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Pressebericht und Hadelbeils Sportnachricht. Schluß etwa 10 Uhr, doch ohne Gewähr. Danach: Freiheit für Funkfreunde, die auswärtige Stationen hören wollen.

Die beste Bekämpfung der Schundliteratur

ist das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Der Besuch entfernte sich, aber als Walja kaum Zeit gehabt, das Wort wiederzufinden, bei dem er stehen geblieben, kam die Mama, sah ihn an und fing auch an zu weinen. Daß die Frau weinte, war noch begreiflich — sie bedauerte gewiß, daß sie so unangenehm und so langweilig war — aber warum weinte die Mama nur? „Höre“, sagte Walja nachdenklich, „wie langweilig mir diese Frau war! Sie sagte, daß sie meine Mama wäre. Kann denn ein Knabe zwei Mamas haben?“ „Nein, Knabe, das kommt nicht vor. Aber sie spricht die Wahrheit, sie ist deine Mama.“ „Aber wer bist denn du?“ „Ich bin deine Tante.“ Dies war eine unerwartete Erklärung, aber Walja nahm sie mit unerschütterlichem Gleichmut auf — Tante, nun denn Tante — als ob es nicht ganz gleich wäre! Für ihn hatte das Wort nicht eine solche Bedeutung wie bei den Erwachsenen. Die gewohlene Mama verstand dies nicht und fing an ihm zu erklären, wie es gekommen, daß sie seine Mama gewesen und nun seine Tante geworden sei. Lange, lange zurück, als Walja noch ganz klein war... „Wie klein? So klein?“ Walja hob die Hand einen halben Meter höher als der Tisch war. „Nein, kleiner.“ „Wie die Käse?“ fragte Walja freudig erkrankt. Der Mund war halb geöffnet, die Augenbrauen in die Höhe gezogen. Er machte die Anspielung auf das kleine, weiße Käsechen, welches man ihm unlängst geschenkt hatte, und das so klein war, daß es mit allen vier Pfötchen auf einem Schüsselfeldchen Platz hatte. „Walja lächelte glücklich, aber langsam nahm er wieder seinen gewöhnlichen, strengen Ausdruck an, und mit der Herablassung eines erwachsenen Menschen, welcher sich an seine Jugendvorurteile erinnert, bemerkte er: „Wie lächerlich ich gewesen sein muß!“ „Ich so, als er so klein und so komisch war wie das Käsechen, brachte ihn diese Frau und gab ihm weg, für immer — wie das Käsechen. Und jetzt, wo er so groß und vernünftig geworden, will sie ihn für sich zurück haben.“ „Wißt du zu ihr?“ fragte die frühere Mama und erröte vor Freude, als Walja entschlossen und streng hervorrief: „Nein, sie gefällt mir nicht!“ und von neuem nahm er sein Buch vor. (Fortsetzung folgt.)

leit, riefen ihr etwas in die Erinnerung zurück, und sie weinte. Aber sie weinte nicht so wie die Mama — das Gesicht blieb unbeweglich, nur die Tränen tropften schnell, schnell eine nach der andern — die eine hatte nicht Zeit hervorzuquellen, bevor sie von der andern überholt wurde. Ebenso schnell wie sie angefangen hatte zu weinen, hörte sie auch wieder auf und fragte: „Waletschka, erkennst du mich nicht?“ „Nein.“ „Ich war bei dir. Zweimal war ich zu dir gekommen. Erinnerst du dich?“ Es mag sein, daß sie da war, es mag auch sein, das sie zweimal gekommen war — aber woher soll Walja es wissen? Ja, und ist es nicht auch ganz gleichgültig, ob diese unbekante Frau bei ihm war oder nicht? Sie veränderte ihn nur am Leben durch ihre Fragen. „Ich bin deine Mama, Walja!“ sagte die Frau. Walja blühte voller Bewunderung auf seine Mutter, aber sie war nicht mehr im Zimmer. „Kann man denn überhaupt zwei Mamas haben?“ fragte er. „Was redest du für Dummsheiten!“ Die Frau lachte, aber ihr Lachen gefiel Walja nicht — er sieht, daß die Frau ganz und gar nicht lachen will und nur so tut, um ihm was vorzumachen. Eine Zeitung schwiegen beide. — „Du versteht schon zu lesen? Was für ein Kluger!“ Walja schweigt. „Was liest du für ein Buch?“ „Das König Bowa“, berichtete Walja mit ersthafter Würde und dem Gefühl von Ehrfurcht für das große Buch. „Ach, das muß gewiß sehr interessant sein! Bitte erzähle mir!“ lächelte einnehmend die Frau. Und von neuem kam wieder ein unnatürlicher, falscher Tonfall in diese Stimme, die sich bemühte, weich und zärtlich wie die Stimme von Mama zu sein und doch scharf und schneidend blieb. Von derselben Unruhe waren auch die Bewegungen der Frau; sie rückte auf dem Stuhle hin und her, streckte den Hals vor, gerade als ob sie Vorbereitungen träte, ihm lange und aufmerksam zuzuhören — als Walja unzufrieden anfang zu erzählen, sank sie sofort in sich zusammen. Walja sagte dies als Beleidigung für sich und seinen Bowa auf, aber sich bemühend, höflich zu erscheinen, las er schnell den Schluß des Märchens und fügte hinzu: „Es ist aus.“ „Nun, ich weiß, mein Töubchen, mein Teurer!“ sagte die sonderbare Frau und prekte von neuem die Lippen auf Walfas Gesicht. „Bald komme ich wieder. Wirst du dich freuen?“ „Ja, komm, bitte“, bat Walja höflich, und, damit sie nur schneller ginge, fügte er hinzu: „Ich werde mich sehr freuen.“

